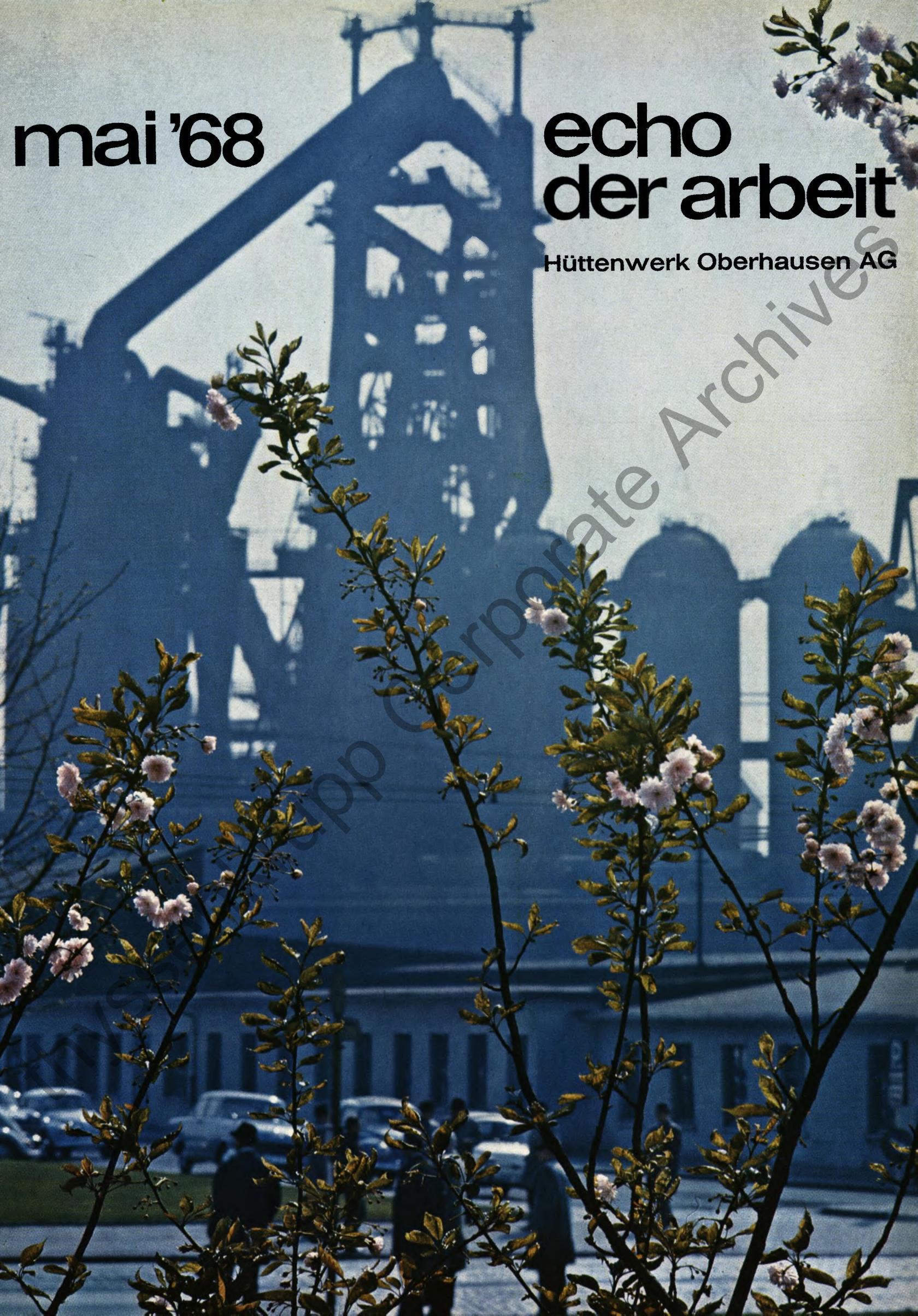


mai '68

echo der arbeit

Hüttenwerk Oberhausen AG



echo der arbeit

mai 1968



Frühling am Hochofen — ein symbolhaftes Titelbild. Was könnte besser unsere Hoffnungen auf einen „Stahlfrühling“ ausdrücken als dieser Anblick. Tatsächlich geht es wieder aufwärts mit der deutschen Stahlindustrie, die vor allem im vergangenen Jahr erhebliche Rückschläge hinnehmen mußte. (Farbfoto: Steinbrink)

echo der arbeit, Werkzeitschrift der
Hüttenwerk Oberhausen AG

Verantwortlich: Direktor Friedel Kübel

Redaktion: Adolf Knop,
Mitarbeiter: Caren Straeter (Layout),
Walter Steinbrink (Fotografie)

Anschrift der Redaktion: 42 Oberhausen,
Essener Straße 66, Telefon 2 46 81,
Nebenanschluß 44 47, 42 67 und 42 99

Druck bei VVA in Oberhausen (Rheinl)

inhalt

Lage — Bericht über das Geschäftsjahr 1966/67 . . .	3
Noch stärkere Ausrichtung auf Qualitäts- und Sonderstahl — Bilanzbesprechung mit der Presse . . .	6
Betriebsrat hat sich konstituiert	8
Betriebsräte vertreten unsere Interessen	11
Prof. Kogon sprach bei der HOAG	13
Laß knacken! rief HOAG-Eisenbahner Weirich . . .	14
Bavaria-Film drehte Fernseh-Krimi am Gleisdreieck	
Automation und Sozialpolitik	16
Aspekte der Automationstagung in Oberhausen	
Von Ufer zu Ufer	21
Aktualitäten und Historien vom Gelsenkirchener Werk	
„Zwillinge“ feierten Vierzigjähriges	22
Rumpf vorwärts beugt!	24
Eine Viertelstunde Ausgleichsgymnastik	
So war die gute alte Zeit	26
Sozialpolitische Nachrichten	27
Lohnverhandlungen sind Paketverhandlungen geworden	28
Sie brauchten nicht zu sein — Arbeitsunfälle . . .	29
Müssen Arzneimittel so teuer sein?	30
Sommerurlaub mit Industrie-Turnus	32
Kurz berichtet — Für Umsicht ausgezeichnet . . .	33
Wenn Engel reisen	34
Lehrlinge fahren nach Berlin	
Mit guten Noten bestanden	35
Mit einem Blick	36
Die HOAG im Spiegel der Presse	38
Gelesen — notiert	38
Humor: Automation zu Hause	39

Die Vorbereitung des beabsichtigten Zusammenschlusses mit der August Thyssen-Hütte AG ist für unser Unternehmen gegenwärtig die wichtigste Aufgabe. Das wird im Bericht der Hüttenwerk Oberhausen AG über das Geschäftsjahr 1966/67, das am 30. September abschloß, mit Nachdruck unterstrichen.▶

thysenkru
WAG

Zur Lage der Gesellschaft heißt es in dem Geschäftsbericht, der den Aktionären für die am 16. Mai stattfindende ordentliche Hauptversammlung vorgelegt wurde, daß die beabsichtigte Ausrichtung des Produktionsprogramms unserer Hütte auf Qualitäts- und Spezialstähle längere Zeit erfordert. Dieser Umstellungsprozeß könne durch die Zusammenarbeit im Thyssen-Verbund erleichtert und beschleunigt werden. Der Zusammenschluß ermögliche es, bei der August Thyssen-Hütte und der HOAG Investitionen von zusammen DM 150 Mill. einzusparen. Auch bei

Neben der Roheisen- und Rohstahlerzeugung wird der Schwerpunkt der Walzstahlerzeugung unseres Hüttenwerkes künftig bei Grob- und Qualitätsblechen, Feineisen, Walzdraht und Drahterzeugnissen liegen. Auch sollen die niedriglegierten witterungsbeständigen Stähle weiterhin bei der HOAG weiterentwickelt werden. Für den HOAG-Bergbau ergeben sich aus der Zusammenarbeit mit der August Thyssen-Hütte AG langfristige, ebenfalls günstigere Absatzmöglichkeiten. Nach wie vor wird es jedoch für erstrebenswert gehalten, die Neuordnung des Ruhrbergbaus durch freiwillige Zusammenfassung zu lösen.

Das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 1966 bis zum 30. September 1967 war für die HOAG wie für die ganze deutsche Industrie ein Marsch auf der Talsohle der Konjunktur. Der Gesamtumsatz unseres Unternehmens ging um 7,2 Prozent auf 1,063 Md. DM zurück, die Rohstahlproduktion verringerte sich um 7,7 Prozent auf 1,93 Mill. Tonnen, die Walzstahlerzeugung um 8,3 Prozent auf 1,54 Mill. Tonnen. Die Kohlenförderung unseres Bergbaus mußte um 13,6 Prozent auf 3,709 Mill. Tonnen zurückgenommen werden. Bevor wir jedoch näher auf die Entwicklung unseres Unternehmens im abgelaufenen Geschäftsjahr eingehen, ist es vielleicht gut, einen Blick über unser Unternehmen und die Landesgrenzen hinaus zu werfen.

Die Stahlindustrie der Welt

Die Welt-Rohstahlerzeugung betrug im Jahre 1967 rund 498 Mill. Tonnen. Das sind rund fünf Prozent mehr als im Vorjahr. Die USA standen dabei mit knapp einem Viertel der Weltproduktion an der Spitze, dann folgte die Sowjetunion, die ihren Abstand zu den Vereinigten Staaten weiter verringern konnte. An dritter Stelle lag Japan, das seine Erzeugung am stärksten steigerte. Die Bundesrepublik hielt den vierten Platz.

Die Rohstahlproduktion der Bundesrepublik entsprach nicht der allgemeinen Konjunktur-entwicklung. Die gesamte Industrieproduktion ging 1967 um 4 Prozent zurück, die Rohstahlerzeugung stieg dagegen um 4 Prozent. Der Grund für diesen scheinbaren Widerspruch

den laufenden Betriebskosten ergäben sich aus der Konzentration der Erzeugung auf die jeweils leistungsfähigsten Anlagen erhebliche Einsparungen. Die geringen Entfernungen zwischen den Produktionsanlagen böten die Gewähr, daß die Rationalisierungserfolge nicht durch hohe Transportkosten aufgezehrt werden.

liegt darin, daß — bezogen auf das Rohstahlgewicht — 0,7 Mill. Tonnen weniger eingeführt und 0,2 Mill. Tonnen mehr ausgeführt wurden als im Jahre 1966. So hat sich die Beschäftigung der deutschen Stahlindustrie, gestützt auf den Export vor allem in Länder außerhalb der Montanunion, insgesamt befriedigend entwickelt. Da aber die Weltmarktpreise so niedrig waren, daß sie vielfach nicht die vollen Kosten deckten, war das wirtschaftliche Ergebnis wesentlich schlechter, als die exportierten Mengen erwarten ließen.

Die HOAG — Absatz und Erzeugung

Bei der Hütte verringerte sich der Auftragseingang an Walzstahl gegenüber dem Vorjahr um 6,2 Prozent, die Lieferungen an die Kundschaft sogar um 7,6 Prozent. Der am Ende des Geschäftsjahres vorhandene Auftragsbestand reichte im Durchschnitt für eine Beschäftigung von rund zweieinhalb Monaten. Erhöht haben sich unsere Roheisenlieferungen vor allem durch Exporte an Drittländer. Sie wurden trotz unbefriedigender Erlöse mit Rücksicht auf den Koksabsatz unseres Bergbaus ausgeführt.

Für unser Werk in Gelsenkirchen waren Auftragseingänge und Versand ebenfalls rückläufig. Die im Export gebuchten Walzdrahtmengen haben sich zwar stark erhöht, konnten den Rückgang bei gezogenem Draht und Drahterzeugnissen jedoch nicht ausgleichen. Die Erlöse standen bei allen Erzeugnissen unter starkem Druck.

Die Erzeugung der Hütte an Roheisen nahm auf Grund der erwähnten Sondergeschäfte zu, die Produktion von Roh- und Walzstahl war dagegen rückläufig. Erfreulicher als die Mengenentwicklung sind die Leistungssteigerungen in den verschiedenen Betriebsbereichen. So hat zum Beispiel die Erzeugung des Hochofens A, die im Geschäftsjahr durchschnittlich rund 75 000 Tonnen im Mo-

nat betrug, im August 1967 mit 86 000 Tonnen einen Spitzenwert erreicht. Die Schmelzleistung der Siemens-Martin-Werke hat sich weiter erhöht (um 12 Prozent bei SM II a und um 7 Prozent bei SM II b). Im Juli 1967 wurde ein 250-t-Ofen mit Rückwandbrennern und einem aufklappbaren Gewölbe ausgerüstet, das ein Beschicken von oben gestattet. An diesem Ofen wurden Schmelzleistungen bis zu 50 Tonnen pro Stunde erreicht. Auch der zweite 250-t-Ofen ist inzwischen in der gleichen Weise umgebaut worden. Die spezifische Leistung der Fertigstraßen konnte durch Rationalisierungsmaßnahmen zum Teil erheblich gesteigert werden, so insbesondere bei der Drahtstraße II.

Zurückhaltung bei Investitionen

Wegen der Kooperationsüberlegungen waren wir bei den Investitionen zurückhaltend. Die Zugänge bei den Sachanlagen beliefen sich im Berichtsjahr auf 36 Mill. DM. Davon entfielen auf den Bergbau 10 Mill. DM und auf die Hütte 26 Mill. DM.

Im Hüttenbereich wurde unter den Investitionsvorhaben als wichtigstes Objekt das Stranski-Institut für Metallurgie fertiggestellt, das am 14. Juli 1967 eröffnet werden konnte. Weitere Investitionen dienten der Qualitätsverbesserung. Im Hochofenbereich zielten die Investitionen auf eine verfeinerte Führung des Möllers sowie auf eine nochmals erhöhte Ofenleistung.

In den Stahlwerken wurde im Januar 1967 eine Anlage zur Entgasung des Stahls in Betrieb genommen, die eine Ausweitung und Verbesserung der Qualitätsstahlerzeugung ermöglicht. Der Bau einer neuen Brammenadjustage dient der Erhöhung des Ausbringens und der Qualitätsverbesserung. Weitere Vorhaben zur Gütesteigerung der Erzeugnisse sind im Oberhausener Draht- sowie im Blechwalzwerk geplant oder bereits in Angriff genommen.

Die größten Stahlproduktionsländer der Welt (Zahlen in Mill. t)

	1966	1967	Veränderung
USA	124,7	118,4	- 5,1 %
Sowjetunion	96,8	102,2	+ 5,6 %
Japan	47,8	62,2	+ 30,1 %
Bundesrepublik	35,3	36,7	+ 4,0 %
Großbritannien	24,7	24,3	- 1,6 %
Montanunion	85,1	89,9	+ 5,6 %



Unsere Mitarbeiter

Die Gesamtzahl der Mitarbeiter unseres Unternehmens betrug am 30. September vorigen Jahres 22 807. Sie nahm gegenüber dem 30. September 1966 um 1933 oder 7,8 Prozent ab. Am Rückgang war der Bergbau mit 71 Prozent und der Hüttenbereich mit 29 Prozent beteiligt.

Die Zahl der meldepflichtigen Betriebsunfälle konnte nochmals vermindert werden. Sie lag — bezogen auf 1000 Beschäftigte — im Monatsdurchschnitt des Berichtsjahres bei 4,5 im Werk Oberhausen und bei 4,7 im Werk Gelsenkirchen. Die durchschnittliche Zahl der Betriebsunfälle in den Unternehmen im Bereich der Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaften lag mit 9,3 erheblich höher.

Der technische Fortschritt und die damit zwangsläufig verbun-

NOCH STÄRKERE AUSRICHTUNG AUF QUALITÄTS- UND SONDERSTAHL

Das Produktionsprogramm der HOAG wird künftig noch stärker auf Qualitäts- und Sonderstahl ausgerichtet. Das betonte HOAG-Vorstandssprecher Otto-August Siering am 4. April vor der Wirtschaftspresse anlässlich der Bilanzbesprechung für das Geschäftsjahr 1966/67.

Wie es in einer Presseerklärung dazu heißt, sind die Anstrengungen unseres Unternehmens neben der Entwicklung und Einführung neuer Stähle auf weitere Einsparung von Kosten gerichtet. Von den laufenden Rationalisierungsmaßnahmen — rund 1,575 Md. DM wurden von der Währungsreform bis Ende September 1967 für die Rationalisierung aufgewendet — werden erneute Kostensenkungen erwartet.

Zur Situation der westdeutschen Stahlindustrie wird ge-

DIE HOAG IN ZAHLEN	1964/65			1965/66			1966/67			1. Halbjahr 1967/68 ^{b)}		
	insgesamt	Bergbau	Hütte	insgesamt	Bergbau	Hütte	insgesamt	Bergbau	Hütte	insgesamt	Bergbau	Hütte
Grundkapital in Mill. DM	260			260			260					
Bilanzsumme in Mill. DM.	1 206			1 184			1 146					
Umsatz in Mill. DM												
Gesamtumsatz	1 245	353	892	1 146	313	833	1 063	276	787	550,2	150,0	400,2
Innenumsatz	171	151	20	140	122	18	128	113	15	68,0	60,0	9,0
Umsatz an die Kundschaft	1 074	202	872	1 006	191	815	935	163	772	481,2	90,0	391,2
davon: Inland	779	171	608	719	158	561	625	127	498	331,8	69,0	262,8
Ausland	295	31	264	287	33	254	310	36	274	149,4	21,0	128,4
Exportquote in v. H.	27,5	15,5	30,3	28,5	17,2	31,1	33,2	22,1	35,6	31,0	31,0	32,8
Belegschaft												
insgesamt am 30. 9.	26 947	11 835	15 112	24 740	10 589	14 151	22 807	9 211	13 596	—	—	—
davon: Arbeiter	23 064	10 182	12 882	20 731	8 974	11 757	18 882	7 688	11 194	—	—	—
Angestellte	3 883	1 653	2 230	4 009	1 615	2 394	3 925	1 523	2 402	—	—	—
Förderung und Erzeugung												
Steinkohle in 1000 t	4 693	4 693		4 291	4 291		3 709	3 709				
Koks in 1000 t	1 936	1 936		1 842	1 842		1 658	1 658				
Koksofengas . . . in Mill. m ³	857	857		834	834		748	748		2 021	849	
Strom in Mill. kWh	1 258	932	326	1 057	751	306	1 024	726	298	415	174	
Roheisen in 1000 t	1 797		1 797	1 529		1 529	1 588		1 588		890	
Rohstahl in 1000 t	2 243		2 243	2 117		2 117	1 953		1 953		1 014	
Walzstahl in 1000 t	1 757		1 757	1 680		1 680	1 540		1 540		824	
Betriebliche Kennziffern												
Schichtleistung in t												
unter Tage		2,777			3,111			3,417			3,810	
unter und über Tage		2,478			2,768			3,018			3,320	
t Rohstahl je Arbeiter ^{a)}			16,02			15,98			16,16			17,48
geleistete Arbeiterstunden je t Rohstahl ^{a)}			10,22			9,93			9,45			9,00

^{a)} Monatsdurchschnitt

^{b)} Vorläufige Zahlen

denen Veränderungen, die Stilllegung einzelner Betriebsbereiche sowie die dadurch notwendigen zahlreichen innerbetrieblichen Umsetzungen erforderten im Geschäftsjahr 1966/67 ein den jeweiligen Situationen angepaßtes langfristiges Umschulungs- und Weiterbildungsprogramm. Von dieser Umschulung und Fortbildung, die in einem geplanten HOAG-Ausbildungszentrum weiter intensiviert werden soll, erwarten wir eine größere berufliche Mobilität unserer Belegschaftsmitglieder.

Bilanzbesprechung mit der Presse

sagt, im laufenden Jahr werde mit einer Steigerung von Produktion und Absatz gerechnet. Diese Annahme begründe sich auf die konjunkturelle Belebung in der Bauwirtschaft und in der Investitionsgüterindustrie, auf eine Aufstockung der stark abgebauten Stahlvorräte bei Händlern, Verbrauchern und Stahlproduzenten in der Bundesrepublik und auf gute Exportmöglichkeiten. Hierzu müsse allerdings unter anderem einschränkend festgestellt werden, daß die gegenwärtig gro-

ßen Bestellungen aus den USA in Zukunft geringer würden.

Eine Neuordnung des Ruhrbergbaus durch freiwilligen Zusammenschluß wird vom HOAG-Vorstand nach wie vor für erstrebenswert gehalten. Da der mit der mangelnden Kapazitätsauslastung der Zechen verbundene Kostenanstieg auf die Dauer nicht tragbar sei, bleibe nur übrig, weitere Schachtanlagen stillzulegen. Um den notwendigen Kapazitätsabbau schnell und geordnet vornehmen und die verbleibenden Schachtanlagen wirtschaftlich betreiben zu können, müsse sich der Steinkohlenbergbau zusammenschließen.

Bilanz zum 30. September 1967

Aktiva	Beträge in 1000 DM
Anlagevermögen	
Grundstücke	207 074
Schächte und Grubenbaue	68 129
Maschinen und maschinelle Anlagen	348 214
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	76 438
Gerechsamte, Patente und ähnliche Rechte	12 268
Im Bau befindliche Anlagen und Anzahl- ungen für Neuanlagen	12 582
Beteiligungen	41 694
Beteiligungsähnliche Ansprüche	1 066
	<u>767 465</u>
Umlaufvermögen	
Vorräte	135 407
Wertpapiere	8 572
Forderungen	213 694
Flüssige Mittel	14 434
Rechnungs- abgrenzung	6 364
	<u>1 145 936</u>
Passiva	
Grundkapital	260 000
Rücklagen	146 000
Stiftung	1 000
Abschreibungen und Wertberichtigungen	131 798
Rückstellungen	180 292
Verbindlichkeiten	421 284
Reingewinn einschließ- lich Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	5 562
	<u>1 145 936</u>

Der Hauptversammlung wird vorgeschlagen, aus dem Reingewinn eine Dividende von 2 Prozent auf das Grundkapital, insgesamt 5,2 Mill. DM, auszuschütten und den verbleibenden Rest von 361 848,98 DM auf neue Rechnung vorzutragen.



Zum
Wahllokal

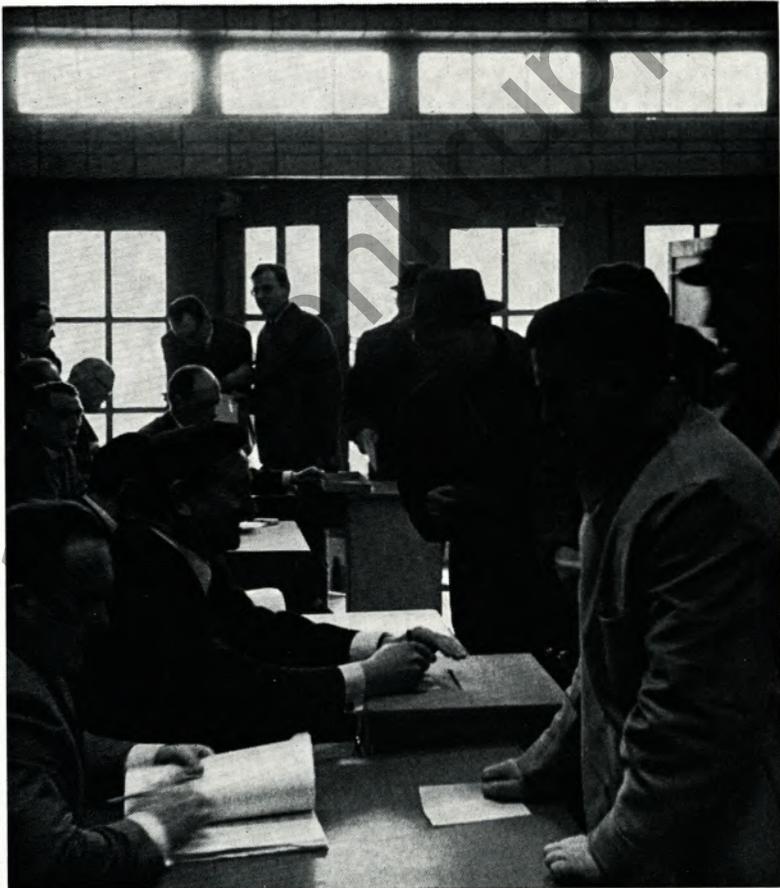
Betriebsrat

Zum Wahl-
lokal





hat sich konstituiert



Nach einem mit vorbildlicher Disziplin geführten Wahlkampf ist in Oberhausen der neue Betriebsrat gewählt worden. Er hat sich am 3. April konstituiert. Von den bei der Wahl insgesamt 11 108 Wahlberechtigten (9 128 Arbeiter und 1 980 Angestellte) wurden 7 685 Stimmen (5 991 + 1 694) abgegeben. Davon waren gültig 7 399 Stimmen (5 735 + 1 664). Gegenüber der vorigen Betriebsratswahl war die Wahlbeteiligung auf der Arbeiterseite diesmal mit 65,6 Prozent (1965: 65,3%) etwas höher, auf der Angestelltenseite mit 85,6 Prozent (1965: 87,2%) etwas niedriger. Gewählt wurden wie 1965 von der Arbeitergruppe 20 und von der Angestelltengruppe fünf Kandidaten.



Nach Abschluß der Betriebsratswahl am Abend des 29. März hatten die Mitglieder des Wahlvorstandes und 25 Wahlhelfer im Kleinen Saal des Werksgasthauses alle Hände voll zu tun, um die fast 7700 abgegebenen Stimmen zu zählen. Zur Information der Öffentlichkeit wurden die Teilergebnisse der 15 Wahllokale während der Auszählung fortlaufend auf einer Tafel notiert (Bild links). Gespannt verfolgten vor allem die Kandidaten die Entwicklung (Bild rechts, oben). Statt einer Wahlurne diente ein Hut zum Sammeln der Stimmen, als sich am 3. April der neue Betriebsrat konstituierte (Bild rechts, Mitte). Danach stellte sich der neue Vorstand für ein Foto (Bild rechts, unten). Von links: der 1. stellv. Vorsitzende Böhmer, der Vorsitzende Stappert und der 2. stellv. Vorsitzende Hahn

Die einzige Veränderung in der Mandatsverteilung auf der Arbeiterseite besteht gegenüber 1965 darin, daß der Christliche Metallarbeiter-Verband einen Sitz an die Liste der IG Metall verloren hat. Ferner gewann die IG Metall bei den Angestellten einen Sitz, den vorher die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft gehalten hatte. Ausgeschieden aus dem Betriebsrat sind Paul Degen, Paul Dramski, Clemens Haas, Josef Heinz und Johannes Tomec. Neu gewählt wurden Paul Balasus, Günter Felgenträger, Dieter Gerritzen, Paul König und Helmut Riedel. In der konstituierenden Sitzung wurde Johannes Stappert erneut zum Vorsitzenden gewählt. Bernhard Böhmer wurde 1. stellv. Vorsitzender, Helmut Hahn 2. stellv. Vorsitzender, Helmut Riedel 1. Schriftführer, Helmut Stumpe 2. Schriftführer.

DIE NEUBESETZUNG DER AUSSCHÜSSE

Betriebsausschuß:

Johannes Stappert, Bernhard Böhmer, Helmut Hahn, Herbert Möhle, Johann Schönitz;

Erweiterter Betriebsausschuß:

Johannes Stappert, Bernhard Böhmer, Helmut Hahn, Udo Hartwig, Albert Kilz, Johann Meier, Karl-Heinz Meier, Herbert Möhle, Andreas Nitka, Johann Schönitz, Josef Schwarz;

Lohn- und Gehaltskommission:

Udo Hartwig, Paul Balasus, Dieter Gerritzen, Helmut Hahn, Albert Kilz, Karl Koenen, Paul König, Johann Meier, Herbert

Möhle, Paul Rademacher, Heinz Schleußer, Josef Schwarz;

Personal-Kommission:

Johann Meier, Paul Balasus, Bernhard Böhmer, Günter Felgenträger, Paul König, Paul Rademacher;

Wohnungskommission:

Karl-Heinz Meier, Dieter Gerritzen, Josef Jednoralski, Karl Koenen, Paul König, Johann Schönitz;

Sozialkommission:

Josef Schwarz, Bernhard Böhmer, Günter Felgenträger, Karl-Heinz Meier, Helmut Riedel, Heinrich Soentges, Helmut Stumpe;

Unfallkommission:

Albert Kilz, Wilhelm Dylewski, Josef Jednoralski, Paul König, Andreas Nitka, Johann Schönitz, Helmut Stumpe;

Bewertungskommission:

Andreas Nitka, Karl-Heinz Meier, Helmut Stumpe;

Pensionskommission:

Dieter Gerritzen, Johann Meier;

Jugendkommission:

Bernhard Böhmer, Günter Felgenträger, Helmut Hahn;

Gesundheitskommission:

Josef Jednoralski, Paul König, Herbert Möhle;

Pressekommission:

Paul Rademacher, Helmut Riedel.

Die Besetzung der Aus- und Fortbildungskommission nennen wir in der nächsten Ausgabe von „echo der arbeit“. Sie stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest.



Betriebs- räte vertreten unsere Interessen

Wie bei der HOAG sind in diesen Monaten in mehr als 24 000 Betrieben in der Bundesrepublik über 140 000 neue Betriebsräte gewählt worden. Für drei Jahre haben die Belegschaftsmitglieder dabei die Männer und Frauen ihres Vertrauens benannt, die ihre Interessen im Betrieb gegenüber der Arbeitgeberseite wahrnehmen sollen. Das Gesetz räumt dem Betriebsrat zahlreiche Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte ein, die er für die Arbeitnehmer des Betriebes ausübt. Die Betriebsratswahlen waren deshalb für jeden Betriebsangehörigen ein bedeutsames Ereignis, denn sie entschieden darüber, wer seine Interessenvertretung in den kommenden drei Jahren ausüben wird.

Die rechtliche Grundlage für die Arbeit des Betriebsrates ist das Betriebsverfassungsgesetz vom 11. Oktober 1952. Der Leit-

gedanke dieses Gesetzes ist im § 49 festgelegt. Darin heißt es: „Arbeitgeber und Betriebsrat arbeiten im Rahmen der geltenden Tarifverträge vertrauensvoll und im Zusammenwirken mit den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen zum Wohl des Betriebes und seiner Arbeitnehmer unter Berücksichtigung des Gemeinwohls zusammen. Arbeitgeber und Betriebsrat haben alles zu unterlassen, was geeignet ist, die Arbeit und den Frieden des Betriebes zu gefährden.“

Betriebsräte werden in allen Betrieben der privaten Wirtschaft gebildet, die mindestens fünf ständige wahlberechtigte Arbeitnehmer beschäftigen. In Betrieben mit fünf bis zwanzig Beschäftigten wird nur eine Person, der Betriebsobmann, gewählt; in Betrieben mit über 9000 Arbeitnehmern kann der Betriebsrat aus 25 bis 35 Mitgliedern bestehen. Wahlberechtigt sind Arbeitnehmer, die das 18. Lebensjahr vollendet haben; gewählt werden können über 21 Jahre alte Arbeitnehmer, die mindestens ein Jahr dem Betrieb angehören und das Wahlrecht für den Deutschen Bundestag besitzen.

Das Betriebsverfassungsgesetz gibt dem Betriebsrat neben allgemeinen Aufgaben zahlreiche Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte in sozialen, personellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten. Hier sollen nur einige angeführt werden. Zu den allgemeinen Aufgaben des Betriebsrats gehört es unter anderem, darüber zu wachen, daß die geltenden Gesetze, Verordnungen, Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen zugunsten der Arbeitnehmer eingehalten werden. So muß er zum Beispiel darauf achten, daß Urlaubs- und Feiertagsgesetze, das Kündigungsschutzgesetz, das Mutterschutzgesetz und ähnliche Vorschriften eingehalten werden. Er nimmt ferner Beschwerden von Arbeitnehmern entgegen und fördert die Eingliederung von Schwerbeschädigten und anderen Schutzbedürftigen in den Betrieb.

In sozialen Angelegenheiten hat der Betriebsrat ein Mitbestimmungsrecht. Es erstreckt sich auf Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit und der Pausen, Zeit und Ort der Auszahlung des Arbeitsentgelts, Aufstellung des Urlaubsplans, Berufsausbildung, Verwaltung von betrieblichen Wohlfahrtseinrichtungen, Fragen der Betriebsordnung, Regelung von

Betriebs- räte vertreten unsere Interessen

Akkord- und Stücklohnsätzen und Aufstellung von Entlohnungsgrundsätzen. In allen diesen Fällen kann der Arbeitgeber nur mit Zustimmung des Betriebsrates handeln. Daneben können durch Betriebsvereinbarung zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat auch andere soziale Fragen geregelt werden, so z. B. Maßnahmen zur Verhütung von Betriebsunfällen und Gesundheitsschädigungen.

Auch in personellen Angelegenheiten wie Einstellungen, Umgruppierungen, Versetzungen und Entlassungen kann der Betriebsrat mitsprechen. Vor jeder geplanten Einstellung neuer Mitarbeiter muß der Arbeitgeber den Betriebsrat über Arbeitsplatz und Person des Bewerbers informieren. In besonders schwerwiegenden Fällen, z. B. bei Verstößen gegen Rechtsvorschriften oder wenn die begründete Besorgnis besteht, daß der Bewerber den Betriebsfrieden durch unsoziales oder gesetzwidriges Verhalten stören würde, kann der Betriebsrat die Zustimmung zur Einstellung verweigern.

Vor jeder Kündigung muß der Arbeitgeber den Betriebsrat anhören. Damit soll erreicht werden, daß der Arbeitgeber bei seiner Entscheidung auch die Probleme aus der Sicht des Arbeitnehmers mit berücksichtigt. Besondere Regeln gelten für Masseneinstellungen und Massenentlassungen. In solchen Fällen muß der Arbeitgeber den Betriebsrat so früh wie möglich informieren und mit ihm über die erforderlichen Maßnahmen sowie über die Vermeidung von Härten bei Entlassungen beraten.

Schließlich hat der Betriebsrat auch ein Mitbestimmungsrecht bei Betriebsveränderungen, die wesentliche Nachteile für die Belegschaft zur Folge haben könnten. Dazu zählen unter anderem: Einschränkung oder Stilllegung des ganzen Betriebs oder wesentlicher Betriebsteile, Zusammenschluß mit anderen Betrieben oder die Einführung grundlegend neuer Arbeitsmethoden, soweit sie nicht dem technischen Fortschritt dienen.

Es war ein langer Weg von den ersten bescheidenen Forderungen nach einer Beteiligung der Arbeitnehmer an der Regelung der Arbeitsbedingungen bis zur heutigen Betriebsverfassung. Was heute selbstverständlich ist, war vor 120 Jahren noch Utopie. Der Verfassungsgebenden Nationalversammlung von 1848 lag ein Entwurf zu einer Gewerbeordnung vor, der die

Bildung von „Fabrikausschüssen“ vorsah. Dieser Entwurf wurde jedoch nicht Gesetz. Die Fabrikordnungen wurden weiterhin vom Arbeitgeber ohne Mitwirkung der Arbeitnehmer erlassen.

In der Folgezeit entstanden zwar in einigen Betrieben auf freiwilliger Basis „Arbeiterausschüsse“, doch erst im Jahre 1891 wurden diese Ausschüsse durch eine Novelle zur Gewerbeordnung gesetzlich anerkannt, wenn auch noch nicht zwingend vorgeschrieben. Die Arbeitgeber wurden zugleich verpflichtet, in ihren Betrieben Arbeitsordnungen zu erlassen, die z. B. Bestimmungen enthalten mußten über Anfang und Ende der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit und der Pausen, Tag und Ort der Lohnzahlungen, Ablauf der Kündigungsfristen sowie über die Gründe, nach denen Entlassungen ohne Kündigung möglich waren. Die Arbeiterausschüsse sollten darüber wachen, daß diese Bestimmungen eingehalten wurden. Das Preussische Berggesetz von 1905 schrieb schließlich die Bildung von Arbeiterausschüssen in allen bergbaulichen Betrieben mit mehr als 100 Arbeitern zwingend vor. Für die übrigen Zweige der Wirtschaft wurde die Bildung von Arbeiterausschüssen in Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten erst durch das Hilfsdienstgesetz von 1916 obligatorisch.

Die Entwicklung schritt in den folgenden Jahren schnell voran. Die Weimarer Verfassung von 1919 erkannte das Recht der Arbeitnehmer auf Mitbestimmung in den Betrieben an und bestimmte im Artikel 165 die Bildung von Betriebsarbeiteräten, die die sozialen und wirtschaftlichen Interessen von Arbeitern und Angestellten wahren sollten. Weiter heißt es: „Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.“ Auf dieser rechtlichen Basis wurde das Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920 geschaffen. Es wurde 1922 ergänzt durch das „Gesetz über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat“. Erstmals war nun die Mitwirkung der Arbeitnehmer an der Unternehmensleitung und im Aufsichtsrat festgelegt.

Nach 1933 wurden die Betriebsräte ebenso wie die Gewerk-

schaften von den Nationalsozialisten aufgelöst. In den Betrieben galt nun das undemokratische „Führerprinzip“. Das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ von 1934 schuf die sogenannte „Betriebsgemeinschaft“ mit dem „Betriebsführer“ an der Spitze und den „Gefolgschaftsmitgliedern“. Die gesamte Entscheidungsgewalt innerhalb des Betriebes lag in den Händen des „Betriebsführers“.

Nach Kriegsende wurde das Leben in den Betrieben zunächst durch das Kontrollratsgesetz 22 von den Alliierten geregelt. Es gestattete den Arbeitern und Angestellten in den einzelnen Betrieben zur Wahrung ihrer beruflichen und wirtschaftlichen Interessen die Errichtung von Betriebsräten, überließ es aber dem Arbeitgeber und dem Betriebsrat, ihre gegenseitigen Beziehungen durch Betriebsvereinbarungen zu regeln. Der erste Deutsche Bundestag nahm jedoch sehr bald die Schaffung eines einheitlichen Betriebsverfassungsgesetzes in Angriff, das schließlich nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien, Arbeitgebern und Gewerkschaften am 19. Juli 1952 vom Bundestag mit knapper Mehrheit verabschiedet wurde.

Das Ringen um das Betriebsverfassungsgesetz hat bis heute nicht aufgehört. Der Deutsche Gewerkschaftsbund, der das Gesetz von Anfang an für unzulänglich hielt, hat eine Reform gefordert, bei der die Stellung des Betriebsrates und der Gewerkschaften in der Betriebsverfassung gestärkt werden müsse. In seinem Aufruf zu den diesjährigen Betriebsratswahlen meinte der DGB, es habe sich „mit aller Deutlichkeit erwiesen, daß die Arbeitnehmer nur in unzureichendem Maße das betriebliche Geschehen in ihrem Sinne beeinflussen können“.

Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat dagegen vor kurzem die Auffassung geäußert, das Betriebsverfassungsgesetz habe sich „als Grundlage für ein partnerschaftliches Zusammenwirken zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Betrieb gut bewährt“. Zum 15. Jahrestag des Gesetzes rief Arbeitgeber-Präsident Prof. Siegfried Balke die Unternehmer auf, jede Möglichkeit zu nutzen, um mit den Belegschaften und ihren gewählten Vertretungen zum Wohle aller Beteiligten zusammenzuarbeiten.

Prof. Kogon sprach bei der HOAG



Im Jahre 2000 werden die Menschen 90 bis 100 Jahre alt, während sie bereits im Alter von 45 bis 50 Jahren in den Ruhestand treten. Diese verblüffende Zukunftsvision des bekannten Politologen Prof. Eugen Kogon gründet sich nach seiner Ansicht darauf, daß schon heute ganze Kader von Sozialfürsorgern ständig darum bemüht sind, unser Leben zu verbessern, und daß jeder einen angemessenen Teil am Sozialprodukt fordert. Wie Kogon am 6. März vor HOAG-Belegschaftsmitgliedern in einem Referat über das Thema „Zwischen Freiheit und Sicherheit — Gefahren und Möglichkeiten unserer gesellschaftlichen Entwicklung“ meinte, hängt unsere Existenz dann ab von einer außerordentlich dünnen Oberschicht. Diese Schicht werde maßgebend sein für unsere Sicherheit und für die Funktionsfähigkeit des gesellschaftlichen Systems.



Sichtlich wohl fühlte sich der Politologe Professor Kogon bei der HOAG. Bevor er im großen Saal des Werksgasthauses referierte, unterhielt er sich angeregt mit Frau Oberbürgermeister Albertz und den Mitgliedern des HOAG-Vorstandes (oberes Bild, von links: Direktor Siering, Frau Albertz, Prof. Kogon, Arbeitsdirektor Kübel und Arbeitsdirektor Lipa)

Es bestünde aber die Gefahr, „daß wir dieser bestimmenden Schicht nicht angehören“, weil die inzwischen eingetretene Satttheit dazu verleite, alles in guter Ordnung zu finden. Diese Haltung einer „satten Freiheit“ führe jedoch geradenwegs in die Sklaverei der Versorgungssicherheit. Kogon betonte, die Freiheit setze Mitbestimmung ebenso voraus wie Selbstbestimmung. „Wenn wir aber mitbestimmen wollen, dann müssen wir an den Aufstieg unserer Kinder denken und ihn systematisch fördern, bevor es zu spät ist.“ Schon heute sei es erschreckend, daß an den Hochschulen in der Bundesrepublik zum Beispiel nur 5,5 Prozent aller Studierenden Arbeiterkinder seien.



Professor Kogon — er lehrt politische Wissenschaften an der Technischen Hochschule Darmstadt — war anlässlich der Automationstagung nach Oberhausen gekommen. Er sprach bei der HOAG im großen Saal des Werksgasthauses auf Grund einer Einladung unseres Betriebsrates. Zuvor hatte der HOAG-Vorstand zu Ehren des Gastes einen Empfang gegeben, zu dem auch Frau Oberbürgermeister Luise Albertz und die Ortspresse erschienen waren.

Laß knacken!

„Filmlok marsch!“ Fast 70mal gab HOAG-Bahnhofsvorsteher Weirich dieses ungewöhnliche Kommando in das Mikrofon seines Funksprechgerätes. Und jedesmal herrschte sofort größte Konzentration im Aufnahmestab des Bavaria-Filmteams, das

Mitte März zwei Tage lang auf dem Bahndamm des HOAG-Gleisdreiecks der Jacobi-Strecke zwischen der Winkelstraße in Osterfeld und der Fahnhorststraße die Hauptszenen eines psychologischen Fernseh-Krimis drehte. Alles blickte gespannt nach Westen, denn von dort mußte das „Stichwort“ kommen.

Es kam: Schon nach wenigen Sekunden erschien mit Fauchen eine dampfende Lok in der Kurve hinter den Häusern, donnerte ein Zug über die Gleise, und das Spiel begann.

Es war ein grausames Spiel — der Versuch von Hauptbuchhalter Perutka, seinen unbequemen Untergebenen Kubisch unter den Zug zu stoßen. Dieser Mord, viele Male geträumt und dann eines Nachts mit dem Tode von Kubisch zur Wirklichkeit geworden, wird in dem Psycho-Krimi mit überzeugender Realität dargestellt.

Kein Zufall — Regisseur Rainer Erler ist aus vielen Filmen für seine Präzision und seine Liebe zum Detail bekannt. Wieder und wieder drängt der Schauspieler Hans Beerhenke aus Dinslaken — er spielt den Hauptbuchhalter Perutka — seinen Kollegen Hans Günther aus Düsseldorf — alias Buchhalter Kubisch — auf

rief HOAG- Eisenbahner Weirich

den herannahenden Zug zu. Buchstäblich in allerletzter Sekunde erstickt diese Bewegung. Kaum eine Handbreit trennt Günther von der Lok und den Waggons, deren scharfer Sog ihn umzureißen droht. Gestand Günther hinterher: „... selten solche Angst gehabt!“

Etwa zehnmal mußte die Einstellung mit dem geträumten Mordversuch gedreht werden, bis sie nach Meinung von Regisseur Erler richtig saß. Und nachher großes Aufatmen: Der Schauspieler Günther war noch einmal davongekommen. Wenig später aber rasten die Räder des Film-D-Zuges, den die Deutsche Bundesbahn für die Dreharbeiten auf den HOAG-Gleisen zur Verfügung gestellt hatte, doch noch über den Buchhalter Kubisch und zerfetzten ihn. Die Erklärung: Bei dieser Einstellung wurde der Schauspieler natürlich „gedoubelt“, und zwar gleich zehnmal. Von zehn täuschend ähnlich nachgebildeten Puppen nämlich, die — eine nach der anderen — auf den Schienen ihr Kunststoffleben aushauchen mußten.

Die Kosten für den von unserer Abteilung Verkehr für diese Filmarbeiten zur Verfügung gestellten umfangreichen Apparat werden natürlich von der Filmproduktion getragen. Das war vorher vertraglich festgelegt worden. Hier einige Angaben für den Film-Aufwand am Bahndamm: Am ersten Aufnahmetag machten ein Güterzug mit einer 800-PS-Diesellok der HOAG und 15 beladenen Güterwagen sowie ein Zug mit einer dreiachsigen HOAG-Dampflokomotive und zehn Güterwagen etwa 50 Fahrten. Am zweiten Tage fuhr der D-Zug der Bundesbahn, bestehend aus einer Dampflokomotive der 42er-Baureihe mit fünf D-Zugwagen und einem



Packwagen, etwa 20mal über das Gleisdreieck bei der Winkelstraße. An Personal wurde außer HOAG-Eisenbahner Weirich, der die „Film-Funkzentrale“ auf dem Bahndamm leitete, noch ein „Lotse“ mit Funk auf der „Filmlok“ eingesetzt, ferner beim Zug ein Rangierleiter, ebenfalls mit Funk. Selbstverständlich war an das Funknetz auch das HOAG-Stellwerk Osterfeld angeschlossen.

Mit großem Interesse sind die Fernsehaufnahmen am HOAG-Bahndamm von der Presse beobachtet worden. Die Lokalzeitungen in Oberhausen berichteten ausführlich darüber, die Deutsche Presse-Agentur brachte in ihrem innerdeutschen Bilderdienst ein Foto, und die bekanntesten Rundfunk- und Fernsehprogrammzeitschriften waren durch Mitarbeiter vertreten. Schrieb die „Neue Ruhr Zeitung“ in Oberhausen: „Einfach war es nicht, Träger für den Zinksarg zu finden. Die Leute waren abergläubisch.“

Auch hier sprang die HOAG ein, diesmal also gewissermaßen als Beerdigungsunternehmen. Nachdem HOAG-Eisenbahner als „Leichenträger“ das Ihrige getan hatten, wurde der Sarg auf einer HOAG-Draisine fortgeschafft. Allerdings nicht ins Leichenschauhaus, sondern zur Wiederholung der Aufnahme nur bis zu einer nicht allzuweit entfernten Stelle. So war viel Leben an unserem Bahndamm am Gleisdreieck, der mit der Silhouette der Zeche Osterfeld durch den Fernseh-Krimi gewiß zu einiger Berühmtheit kommen wird...

Übrigens besteht die begründete Hoffnung, daß ein Spruch unserer Eisenbahner in die Filmsprache eingeht. „Laß knacken!“ rief Weirich über Funk dem Führer der „Filmlok“ zu, wenn der Zug angefahren war und kurz vor dem Gleisdreieck auf eine Steigung zurollte. Der Lokführer sollte Dampf geben, um dem Zug vor der Filmkamera die nötige Geschwindigkeit zu geben. „Laß knacken“ heißt es fortan im Bavaria-Filmteam, wenn's drauf ankommt. Und so ein Wort spricht sich in Film- und Fernsehkreisen bekanntlich schnell herum.



Das ist die Traumvision von Hauptbuchhalter Perutka: Er verfolgt seinen Widersacher Kubisch und versucht, ihn an einem Bahnübergang bei der Zeche Osterfeld unter die Räder eines Zuges zu stoßen. Immer wieder wurde diese Filmeinstellung vor der Kamera und in beängstigender Nähe eines vorbeifahrenden Zuges durchgespielt (Bild oben). Die beiden Puppen, im Bild rechts, sind dem Düsseldorfer Schauspieler Günther — er spielt den Kubisch — naturgetreu nachgebildet. Zehn solcher Puppen starben auf den HOAG-Gleisen unter den Rädern eines D-Zuges den Filmtod

Automation und



Sozialpolitik

Aspekte der 3. Internationalen Automationstagung in Oberhausen

Automation und Sozialpolitik — Vor 10 oder 15 Jahren hätte man unter diesem Titel wohl die Frage vermutet: Wie kann die Sozialpolitik die Arbeitnehmer gegen die Auswirkungen der Automation abschirmen? Heute, nach einer vieljährigen Debatte und Auseinandersetzung über die Automationsprobleme, haben sich die Kreise geweitet. Automation ist nicht mehr das fachliche Feld weniger Ingenieure und Techniker, sondern ein Schlüsselwort für die ganze Breite und Vielfalt des technologischen Wandels. Und wenn wir heute von Sozialpolitik sprechen, so verstehen wir darunter nicht nur die eng abgesteckten Bereiche wie Sozialversicherung oder den Arbeitsschutz, sondern das gesamte Feld gesellschaftspolitischer Gestaltungsaufgaben und Einflußmöglichkeiten. Die Sozialpolitik von heute und morgen mündet ein in eine Politik, die die Strukturen einer neuen, großen, an den Leistungen orientierten Gesellschaft im Auge hat. Diese umfassende Gesellschaftspolitik muß soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Leistung und die Öffnung der Bildungschancen für jeden in sich vereinigen und anstreben.

Mit diesen Worten umriß Bundesarbeitsminister Katzer auf der 3. Internationalen Arbeitstagung über Rationalisierung, Automatisierung und technischen Fortschritt die Problematik der Sozialpolitik im Zeichen des technischen Fortschritts. Er betonte, daß unsere Gesellschaft von einer geistigen Unsicherheit erfüllt sei, die an vielen Stellen Unruhe auslöse. Das betreffe sowohl die Arbeitnehmerschaft als auch Studenten, Selbständige und den Bereich der Landwirtschaft. Mehr denn je bedürfe diese Gesellschaft jetzt eines umfassenden Dialogs und einer sozialen Konzeption. In diesem Sinne begrüßte der Bundesarbeitsminister die Automationstagung in Oberhausen als einen Ort, „wo man von der Sache und vom Zusammenhang der Probleme

her gezwungen wird, die alten fachlichen Geleise zu verlassen und zu einer abwägenden Gesamtschau zu kommen“.

In Zukunft müsse man sich auf ein sehr differenziertes Wirtschaftswachstum einstellen, in dem der Strukturwandel geradezu eine treibende Kraft sei, erklärte Katzer. Was im wirtschaftlichen Umbruch zähle, sei die Arbeitskraft, die qualifizierte Leistung im Wettbewerb und die Fähigkeit, sich zu orientieren, vorzuschauen, zu planen und sich anzupassen. Dabei werde die Gruppe derjenigen Arbeiter und Angestellten immer größer, die unternehmerisch denken, den Arbeitsprozeß mit beeinflussen und ihre abhängige Existenz selbständig gestalten. Das gesellschaftspolitische Ziel könne daher nur lauten: „Ein freiheit-

liches, kooperatives und schöpferisches Zusammenspiel aller in Beruf und Erwerb stehenden Menschen.“

Voraussetzung dafür sei berufliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Bildung in breiten Schichten und eine hohe berufliche und geistige Beweglichkeit aller Berufstätigen, denn schon im Jahre 1964 hätten fast 50 Prozent der Erwachsenen nicht mehr ihren erlernten Beruf ausgeübt. Eine regionale Beweglichkeit der Arbeitnehmer bezeichnete der Minister als notwendig, noch viel wichtiger sei aber die berufliche und geistige Mobilität der Berufstätigen. Auch müsse man sich endlich von der merkwürdigen, überholten Berufsethik freimachen, die ein Umsatteln im Beruf immer noch für ungenügend und anrüchig erklärt.

Die jüngste Erfahrung zeigt, daß technischer Fortschritt nur bei einer geeigneten Beschäftigungs- und Ausbildungspolitik und bei einem stetigen Wirtschaftswachstum keine Gefahr der Arbeitslosigkeit birgt. Diese Feststellung traf Prof. André Philip von der Pariser Universität in seinem Referat über die „Wirtschaftlichen Auswirkungen des technischen Fortschritts“. Von diesem außerordentlich interessanten Referat geben wir nachfolgend einige Auszüge wieder.

„Eine vollständige Umwandlung erfahren jetzt die technischen Arbeitsmittel der Industrie. Die Maschine spielt in der Produktion eine immer selbständigere Rolle, und der Elektronenrechner verdrängt den Menschen nach und nach aus dem eigentlichen Produktions-



prozeß. Die Automation ist zweifellos von den anderen Neuerungen nicht zu trennen: sie ist ein Teil des allgemeinen Bemühens um Rationalisierung, Normierung und Mechanisierung. Trotzdem hat sich etwas geändert: man macht heute nicht mehr die gleiche Sache anders, sondern eine andere Sache. Es geht heute nicht mehr darum, die alten Ziele rationeller zu verwirklichen oder die Produktivität der menschlichen Arbeit durch immer kompliziertere Maschinen zu erhöhen, man will vielmehr den Menschen von der Ausführung, ja sogar von der Überwachung der Arbeit ausschalten.

Heute verbindet sich mit dem Begriff „Maschine“ nicht mehr das Produkt, sondern die Funktion: während die alte Maschinenausstattung das Endprodukt zum Zweck hatte, setzt sich die neue aus kleinen, funktionsgebundenen Blöcken zusammen, die alle Fertigungsvorgänge selbständig ausführen und sich auch jederzeit selbständig umstellen können. Man ist über

die Mechanisierung hinausgedrungen und denkt heute nicht mehr an Einzelmaschinen, die sich zu Reihen verbinden, sondern vielmehr an ein geschlossenes System integrierter Abläufe: wir stehen wirklich in einer neuen Etappe und können von einer zweiten industriellen Revolution sprechen, deren Ergebnisse noch nicht abzusehen sind.

Die allgemeine Verbreitung der Elektronenrechner führt nicht nur zur Automatisierung der industriellen Produktion, sondern bedingt auch ein Tempo der Informationsübermittlung, das alle bisherigen Vorstellungen übertrifft. Jahrhundertelang war die Handschrift Informationsträger. Aus dem Mittelalter sind uns die mit unendlicher Sorgfalt geschriebenen und prächtig illustrierten Meisterwerke erhalten geblieben. Die Erfindung der Buchdruckerkunst durch Gutenberg war ein erster Schritt auf dem Wege zur allgemeinen Verbreitung der Information. Jetzt ist der Augenblick gekommen, da die

Schrift nach und nach durch den Computer abgelöst wird, der die gesamte wissenschaftliche und technische Dokumentation der Welt speichern und jederzeit vermitteln kann. Übrigens sorgen auch das Fernsehen, das sich in der ganzen Welt durchsetzt, und die im Weltraum kreisenden neuen Nachrichtensatelliten für eine praktisch verzögerungsfreie Informationsübermittlung, die dem Menschen die ganze Erde erschließt und neue Wünsche in ihm weckt, aber auch die Gefahr einer durch die öffentlichen oder privaten Eigentümer der Massenverständigungsmittel gesteuerten Meinungsbildung in sich birgt.

Alle diese Wandlungen zwingen die Industrie zu einer unablässigen, kostspieligen Forschung. Die Neuerung ist das Ergebnis jahrelanger Untersuchungen, und dieses Ergebnis ist immer ungewiß. Nur ein Forschungsprojekt von hundert führt zum Erfolg, aber nur auf diesem Wege kann sich die Industrie die Möglichkeit schaffen, immer

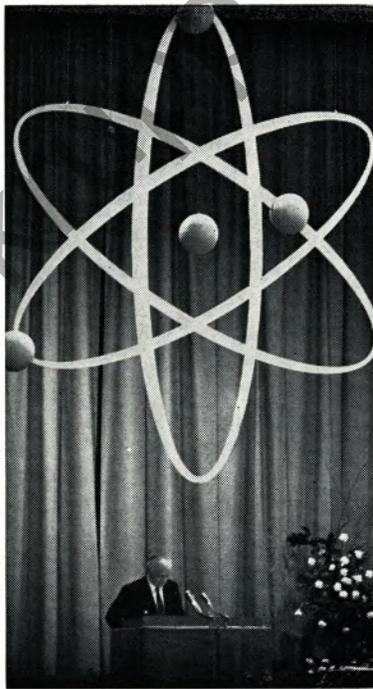
wieder neue Produkte zu entdecken und immer wieder Neuland zu betreten. Als Normalfall ist heute das Unternehmen zu betrachten, das mindestens die Hälfte seines Umsatzes mit Erzeugnissen erzielt, die es vor zehn Jahren noch nicht gab. Die dafür notwendige Forschung setzt einen enormen Investitionsaufwand voraus, der in den USA 3,61 Prozent und in Europa annähernd 2 Prozent des Brutto sozialprodukts entspricht. Dieser Forschungsaufwand wird in ständig wachsendem Maße vom Staat mitfinanziert: in den USA, wo dem freien Unternehmertum nach wie vor ein Loblied gesungen wird, machen die Aufträge der öffentlichen Hand 63 Prozent des Umsatzes der neuen Spitzenindustrien aus, während sie in Europa vorläufig nur 12 Prozent erreichen. Solche kostspieligen Forschungen, für die immer mehr hochqualifiziertes Personal und teure Ausstattungen gebraucht werden, ermöglichen Leistungen, die ihre höchste Ausprägung in dem Wettlauf um die Eroberung des

Automation und Sozialpolitik



Weltraums erfahren, der heute zwischen den USA und der Sowjetunion ausgetragen wird. Mit dem Computer können Vorgänge, die bisher für unmöglich gehalten wurden, mit äußerster Präzision ferngesteuert werden.

Die Automation mündet in eine beträchtliche Erhöhung der Produktion. Dabei ergibt sich jedoch eine deflationäre Tendenz. Die Unternehmen müssen ihre Preise senken, um die Nachfrage nach ihren Erzeugnissen zu fördern und gleichzeitig bei den Konsumenten eine Kaufkraft freizusetzen, die dem nichtautomatisierten Sektor und den Dienstleistungen zugute kommen kann. Als erstes Ergebnis der Automation hat sich — wie eindeutig festzustellen ist — in den USA der Anteil der Dienstleistungen an den Familienausgaben in den letzten Jahren rasch erhöht. In Japan finden wir eine ähnliche Entwicklung: die Spitzenindustrien beschäftigen bei wachsender Produktion kaum mehr Arbeitskräfte, während die kleineren Firmen und die Dienstleistungsunternehmen



Unter dem Zeichen kreisender Elektronen informierten sich Anfang März in Oberhausen 1200 Fachleute aus 22 Nationen vier Tage lang über den technischen Fortschritt im Büro. „Computer und Angestellte“ war das Motto der „3. Internationalen Arbeitstagung über Rationalisierung, Automatisierung und technischen Fortschritt der IG Metall“. Professoren und Gewerkschafter aus Ost und West, Arbeitgebervertreter und Minister äußerten ihre Ansicht zu den sozialen Wirkungen der Computer. Wir können hier davon nur einen ganz kleinen Ausschnitt wiedergeben. In einem Punkt waren sich jedoch in Oberhausen alle Referenten einig: Der arbeitende Mensch muß in die Lage versetzt werden, sich den gewaltigen technischen Veränderungen unserer Zeit anzupassen.

Wenn auch die meisten Redner immer wieder betonten, die Basis der bisherigen Untersuchungen sei immer noch zu schmal für endgültige Aussagen, so ließen einige doch klar erkennen, daß der Computer für erhebliche Änderungen in der althergebrachten Hierarchie sorgen wird. Nachteilige Auswirkungen für die Beschäftigten hat der Einsatz von Computern bisher nur für kaufmännische Angestellte gehabt. Experten sind aber der Ansicht, in spätestens 20 Jahren seien die Maschinen — technologisch gesehen — in der Lage, jede Arbeit zu verrichten, zu der ein Mensch fähig ist. Wie sich die Situation bei der HOAG stellt und wie sich der Einsatz von Computern bei uns auswirken wird, darüber berichten wir demnächst in „echo der arbeit“.

zwar mit höheren Kosten arbeiten, aber auch den größten Teil der verfügbaren Arbeitsplätze bieten.

Die Automation ist in den Spitzenindustrien mit einer Anhebung der Löhne und einer Verkürzung der Arbeitszeit verbunden. Dies ist notwendig, weil das Unternehmen Spezialkräfte ausbilden muß, die sich jeder technischen Veränderung anpassen können. Da diese Ausbildung teuer ist, muß das entsprechende Personal selbst bei einer Tiefkonjunktur im Betrieb gehalten werden. Im übrigen hat der Arbeitslohn heute nur noch einen geringen Anteil am Gestehungspreis.

Der Fortschritt im allgemeinen und die Automation im besonderen lassen nämlich den Anteil der Löhne am Gestehungspreis der Unternehmen sinken, und zwar selbst dann, wenn der einzelne Lohn erhöht und die Arbeitszeit verkürzt wird. Die bisherigen amerikanischen Erfahrungen dürften darauf schließen lassen, daß der Lohnkostenanteil durch die Automa-

tion um 25 bis 30 Prozent zurückgeht.

Die neuen Techniken bewirken jedoch auch strukturelle Änderungen im Unternehmen selbst. Die Zahl der hierarchischen Stufen wird größer; der Anteil der Führungs- und Fachkräfte nimmt zu, und auch in der Arbeitsvorbereitung und Wartung, der Marktforschung und Absatzförderung wird mehr Personal gebraucht. Die moderne Industrie braucht Mitarbeiter, die über eine wissenschaftliche Bildung, über eine berufliche Qualifikation und vor allem über eine beträchtliche Anpassungsfähigkeit verfügen.

In der Anpassungsphase könnten die neuen Techniken durchaus eine vorübergehende Arbeitslosigkeit verursachen, vor allem unter den Aufsichts- und Führungskräften und den älteren Arbeitnehmern, deren frühere Berufe sich von Grund auf geändert haben, ferner auch unter den Jugendlichen, die noch keine ausreichende wissenschaftliche Grundausbildung haben, um sich den laufenden

Automation und Sozialpolitik

Veränderungen anpassen zu können. Zu den ernstesten Fällen gehören die leitenden Büro- und Fachkräfte mit ziemlich eng begrenzter Spezialausbildung. Das eine oder andere Unternehmen sieht sich im Zuge der Reorganisierung zuweilen gezwungen, diese älteren Führungskräfte zu entlassen und neue Aufgaben jüngeren Kräften mit umfassenderer Allgemeinbildung zu übertragen.

Für die Arbeiter sind zwei Fälle zu unterscheiden. Heute kommt es zu schwerer Arbeitslosigkeit im Zusammenhang mit sektoralen oder regionalen Anpassungskrisen. Im Falle der Automation hingegen gelingt es im allgemeinen, die freigesetzten Arbeitskräfte an einem anderen Arbeitsplatz im gleichen Unternehmen unterzubringen. Im übrigen haben viele Unternehmen das Ruhestandsalter herabgesetzt und sich mit dem natürlichen Abgang begnügt, also die ausgeschiedenen Arbeiter nicht ersetzt. Die Automation scheint somit in den Spitzenfirmen keine direkte Arbeitslosigkeit auszulösen, sondern lediglich zu bewirken, daß diese Unternehmen sich dem Arbeitsmarkt verschließen.

Arbeitslosigkeit entsteht somit nicht im modernen Unternehmen, sondern vielmehr in den noch nicht umgestellten Betrieben. Auf ernste Schwierigkeiten stößt vor allem die Jugend, die einen Arbeitsmarkt findet, auf dem die Nachfrage nicht im

gleichen Tempo wächst wie die Produktion oder die Erwerbsbevölkerung. In dieser Lage tut eine systematische Beschäftigungs- und Ausbildungspolitik not. Vordringlich sollte im nationalen und — wenn möglich — auch im europäischen Rahmen für jeden Industriezweig eine nationale Arbeitsvermittlung mit paritätischen Kommissionen geschaffen werden. Sie könnte unter anderem die Aufgaben haben, die verschiedenen Einrichtungen der Arbeitsvermittlung zu reorganisieren und zu koordinieren und die Ausbildungswege zu bestimmen, die zu den einzelnen Berufen führen. Frankreich hat diesen Weg vor kurzem mit der Bildung eines Staatssekretariats für Beschäftigungsfragen beschritten.

Sind die Probleme der mangelnden regionalen oder sektoralen Anpassung einmal bekannt, so muß eine systematische Politik der Raumordnung und der beruflichen Umschulung betrieben werden. Zunächst muß nämlich in jeder Region versucht werden, durch die Errichtung neuer Unternehmen einen Ausgleich für den vorhersehbaren Rückgang der Wirtschaftstätigkeit zu schaffen. Erweist sich dies als schwierig, so muß in einer zweiten Phase durch eine beschleunigte Ausbildung dafür gesorgt werden, daß die Arbeitnehmer einen anderen Beruf erlernen können, damit sie eine neue Beschäfti-

gung in einer anderen Gegend finden können, wobei ihnen während der Übergangszeit die Fortzahlung ihres vollen Lohnes gesichert werden muß. Es muß erkannt werden, daß die Arbeitnehmer diese notwendige Mobilität nur dann erreichen können, wenn sie in der neuen Gegend eine angemessene Wohnung finden. Es ist daher falsch, die Aufwendungen für den Wohnungsbau als unproduktive Investitionen abzutun; in Wirklichkeit bilden sie eine der grundlegenden Voraussetzungen für die Steigerung der nationalen Produktivität.

Der technische Wandel vollzieht sich so rasch, daß die Fortbildung zu einer ständigen Verpflichtung wird, die schon jetzt den Führungskräften obliegt und in Zukunft auch alle Angestellten immer stärker berühren wird. Sie sollte durch entsprechende Anpassung der Arbeitszeit und Lohnfortzahlung während der Weiterbildung in allen Industriezweigen sichergestellt werden. Ein bescheidener Anfang wurde mit dem bezahlten Bildungsurlaub versucht; er sollte in der Industrie zur allgemeinen Regel erhoben werden, erscheint doch die ständige Weiterbildung der Arbeitskräfte als eine der Vorbedingungen der Produktivität.

Schließlich hängt die Fähigkeit zur Anpassung an den technischen Fortschritt und die neue industrielle Revolution im wesentlichen von der Berufsaus-

bildung der Jugend ab. Bisher ist festzustellen, daß die Pflichtschule Jugendliche allzuoft auf überholte Berufe vorbereitet, während die in den verschiedenen Industrien vermittelte Berufslehre zu stark spezialisiert ist, so daß auch sie dem Arbeitnehmer keine Anpassung an wechselnde Verhältnisse ermöglicht. Es geht nicht darum, den Jugendlichen eine überstürzte, rasch überholte Spezialisierung zu geben; sie müssen vielmehr auf einer gemeinsamen Basis für verschiedene Spezialberufe ausgebildet werden und dabei die Fähigkeiten und Kenntnisse erwerben, die es ihnen gestatten, später mehrere miteinander verwandte Berufe nacheinander auszuüben. Folglich muß die Schulpflicht um zwei Jahre verlängert werden; während dieser Zeit wäre die Vermittlung einer Allgemeinbildung mit dem Anfang eines praktischen Unterrichts zu verbinden. Erst in der natürlichen Verlängerung dieser kombinierten Allgemeinbildung kann im betrieblichen Rahmen in einer wahrhaft polytechnischen Ausbildung die auf bestimmte Verhältnisse zugeschnittene Spezialisierung vermittelt werden. Werden alle diese Maßnahmen getroffen, so ist — wie die jüngste Erfahrung gezeigt hat — mit neuen technischen Fortschritten solange keine Gefahr verbunden, wie die wirtschaftliche Wachstumsrate fünf Prozent im Jahr übersteigt.“

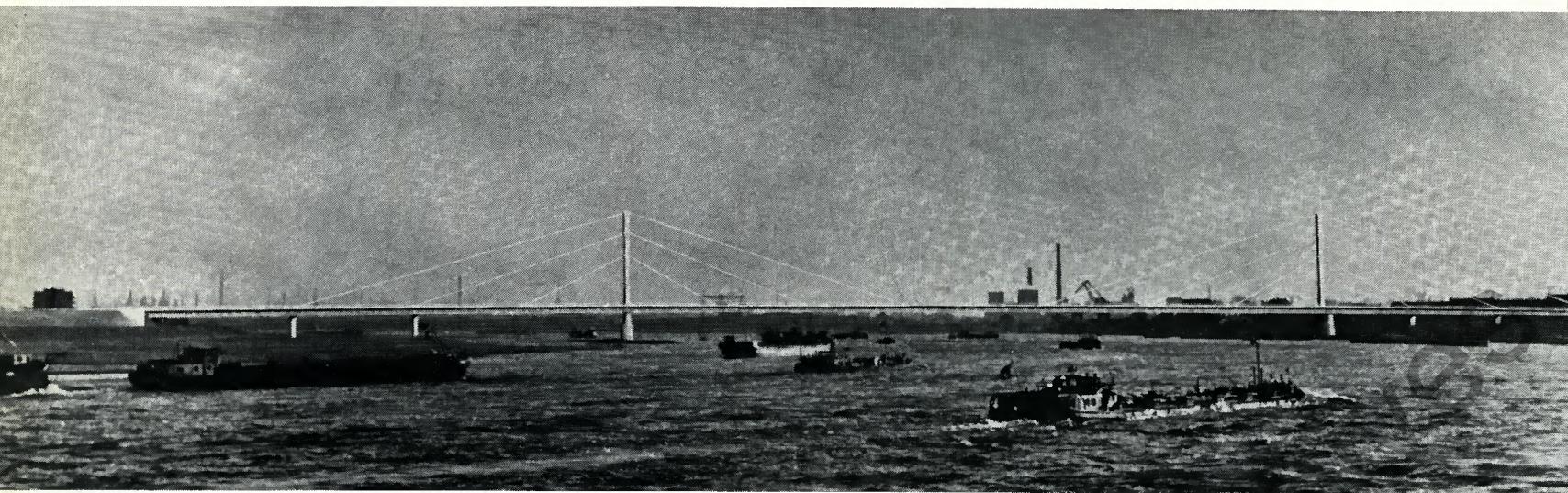




VON UFFER ZU UFFER

Aktualitäten und
Historien vom
Gelsenkirchener Werk

Hochbetrieb bei den Drahtseilern in unserem Gelsenkirchener Werk: Die Lieferungen für die neue „Kniebrücke“ über den Rhein bei Düsseldorf sind in diesen Wochen fällig. Je 26 Seile von 250 und 375 Metern Länge bei einem Durchmesser von je 72 Millimetern und einem Gesamtgewicht von 488 Tonnen



müssen zum Stromufer geschafft werden. In diesem Jahr soll die Brücke dem Verkehr übergeben werden, die von der Gutehoffnungshütte gebaut wird.

Erfolgreich abgeschlossen wurden in diesen Tagen auch die Verhandlungen um einen weiteren Großauftrag für „Gelsendraht“. Aus Gelsenkirchen sollen auch die 763 Tonnen Drahtseile kommen, die eine weitere Brücke über den Rhein zwischen Duisburg-Neuenkamp und Essen tragen werden.

Diesem Bauwerk kommt deshalb besondere Bedeutung zu, weil die Brücke im Zuge des Ruhrschnellweges liegt, der Autobahn-Charakter bekommen soll und die „Europastraße 3“ nach Südholland und Belgien aufnehmen wird. Ein wahrhaft völkerverbindendes Verkehrsband entsteht hier, dessen „Bruchlast“ sich freilich nicht so exakt errechnen läßt wie die der Gelsenkirchener Seile mit ihren Durchmesser zwischen 57 und 83 Millimetern.

Zwischen 110,5 und 325,4 Meter lang sind die insgesamt 108 Seile für die verschiedenen Funktionen an dieser Brücke, die ebenfalls — nach einem Wettbewerb mit schärfster Konkurrenz — von der GHH gebaut wird. Ziemlich genau 23 Kilometer lang sind, aneinandergereiht, die Gelsenkirchener Seile, die hier den Rhein kein Hindernis mehr für den Verkehr sein lassen. Die Erdarbeiten für das Bauwerk sind bereits im Gange, und im kommenden Jahr soll die wohl modernste und auch architektonisch überaus reizvolle Brücke fertig sein.

Die Beteiligung an diesen beiden Aufträgen für die bedeutendsten Brückenbauten der bundesdeutschen Gegenwart

beweist einmal mehr die Leistungsfähigkeit des Gelsenkirchener Drahtwerkes, das im Januar 1970 seinen 100. Geburtstag feiern kann.

In Elberfeld fanden sich vor hundert Jahren eine Reihe von Männern zusammen, die im ganzen Ruhrgebiet zahlreiche Steinkohlenbergwerke und Eisenhütten besaßen: Friedrich Grillo, Karl und Friedrich Funcke, Hugo und Friedrich Schürenberg, Gustav und Ernst Poensgen. Sie, die aus eigenen Erzgruben mit eigenen Kohlen in eigenen Hochöfen Eisen herstellten, wollten auch die Verarbeitung auf möglichst vielseitige Art selbst in die Hand nehmen.

Das in jenen Tagen kommunalpolitisch noch selbständige

Schalke schien ihnen für ein Drahtwerk besonders verkehrsgünstig gelegen. Schürenberg und die Brüder Funcke stellten ihre aneinandergrenzenden Grundstücke von insgesamt etwa zehn Morgen Größe direkt an der soeben gebauten Emschertal-Eisenbahn und in unmittelbarer Nähe der Steinkohlenzeche „Consolidation“ zur Verfügung, und im Juli 1870 konstituierte sich die Kommanditisten-Gesellschaft mit einem Kapital von 80 000 Goldtalern. Aus Kreuztal im Siegerland rief man Wilhelm Boecker, dort Direktor eines Drahtwerkes, der als hervorragender Fachmann galt, machte ihn zum Teilhaber des Unternehmens und auch zu seinem ersten Direktor.

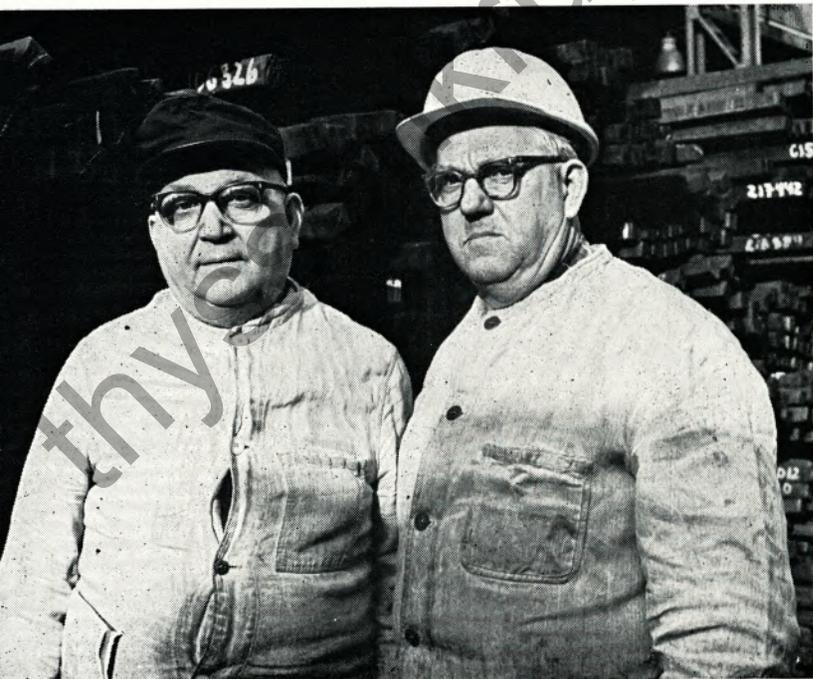
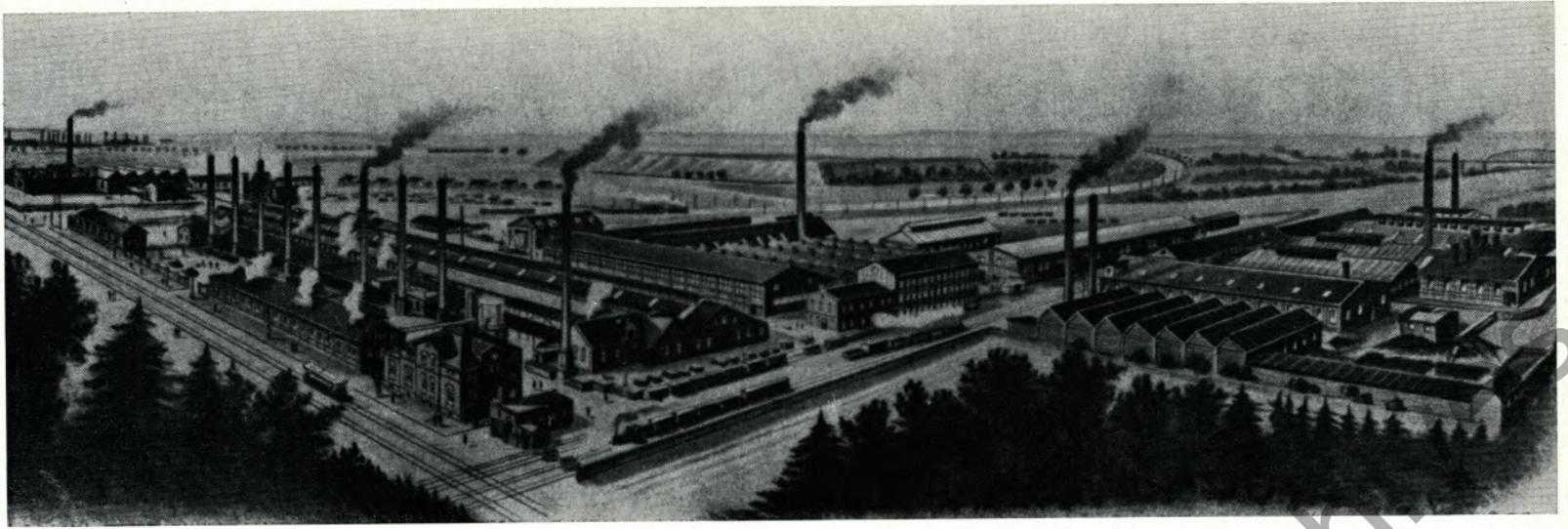
Die neue Rheinbrücke bei Duisburg-Neuenkamp wird von Drahtseilen aus Gelsenkirchen getragen werden (Foto-Montage oben). Bereits um die Jahrhundertwende hatte das Gelsenkirchener Werk beachtliche Ausmaße (Bild oben rechts). Aufgebaut hatte es Wilhelm Boecker, erster Direktor und Teilhaber der Firma Boecker & Comp. (unten). Wie es zu seiner Zeit in den Werksballen aussah, zeigt das Modell aus dem Deutschen Museum in München (rechts)



„ZWILLINGE“ FEIERTEN VIERZIG- JÄHRIGES

Fast könnte man sie für Zwillinge halten: Sie sind gleich alt, sprechen den gleichen breiten Dialekt, und sie kommen auch beide aus demselben Dorf. Bernhard Barfeld und Eduard Lipinski — das sind die beiden „Fast-Zwillinge“ — feierten jetzt ihre 40jährige Zugehörigkeit zu unserem Gelsenkirchener Werk. Hier ihr Parallel-Lebenslauf: Im Jahre 1906 in Alt-Schöneberg im ostpreussischen Landkreis Allenstein geboren, wuchsen Klein-Bernhard und sein Freund Eduard in derselben Straße auf, da ihre Elternhäuser gegenüberlagen. Sie besuchten gemeinsam die Schule, stromerten zusammen durch die Uferwiesen der Passarge und ihrer Nebenarme und fingen dort Flußkrebse, durch deren Verkauf sie sich

ihr geringes Taschengeld ein wenig aufbesserten. Die Abenteuerlust der beiden war nach der Schulzeit nur mühsam zu bändigen. Kaum 21 Jahre alt und damit volljährig, verließen sie ihre Eltern und zogen gemeinsam gen Westen. Der große Magnet war das Ruhrgebiet. In Gelsenkirchen blieben Barfeld und Lipinski hängen. Dort fanden sie zunächst Arbeit bei einer Bau-firma, aber schon nach kurzer Zeit, am 18. Februar 1928, marschierten beide zum ersten Mal durch das Tor des Gelsenkirchener Drahtwerkes. Dort bei Gelsendraht haben die beiden dann Wurzeln geschlagen, die in den vergangenen vier Jahrzehnten inzwischen so tief gewachsen sind, daß sie keiner auszureißen vermag.



Nach zehn Monaten Bauzeit standen sechs Puddelöfen, ein Schweißofen, sechs Glühöfen, eine Luppenstraße, eine Walzenstraße, 56 Grob- und 60 Feinzug-Spindeln, und 210 Arbeiter sorgten für eine erste Jahresproduktion von 2362 Tonnen.

Ein bescheidener Anfang. Aber es folgte ein steiles Aufwärt. Hermann Boecker genöß seinen Experten-Ruf nicht zu Unrecht. Er erkannte die Zeichen seiner Zeit, und er wußte sich in den damals monatlich stattfindenden Kommanditisten-Konferenzen reddegewandt durchzusetzen.

Uralt ist die Geschichte des Drahtes schon damals gewesen. Im wahrsten Sinne des Wortes „sagenumwoben“. Homer schon, Griechenlands Sänger von Göttern und Helden, berichtet von Hephaistos, dem Gott der Schmiede: „Er schmiedete ein Netz, so fein wie Spinnenweb“, um Aphrodite, sein Weib, und Ares, seinen Nebenbuhler, darin einzufangen.

Gut tausend Jahre später kannte Ovid, der Kündler römischer Minne, schon nicht mehr nur sagenhaftes Gewebe, sondern bereits handfestes Gerät für das Drahtziehen: ein Eisenstück mit einem Loch, dem „Ziehhol“. Funde der Archäologen haben seine Beschreibungen bestätigt. Grabungen in Ägypten haben ebenso Drähte zutage gefördert wie in den frühzeitlichen Wohnräumen der Gallier und Wikinger. Drähte aus relativ weichen Edelmetallen freilich nur. Und sie dienten auch nicht als Werkzeug und zur Erleichterung handwerklicher Arbeit. In jenen frühen Jahrhunderten wurde Draht nur zu Schmuck verarbeitet.

Das frühe Mittelalter verstand dann schon, Eisen zu Draht zu

ziehen. Man kennt aus dem Nürnberger Raum die Darstellung einer kleinen Wasserkraft-Maschine, die um 1350 das so mühevoll Ziehen des Eisens durch den „Ziehhol“, das durchlöchernte Eisenstück, wesentlich erleichterte.

Wenig später widmeten sich erstmalig auch im Sauerland die Bauern nebenbei jener Arbeit als „Zöger“, und in Lüdenscheid, Iserlohn und Altena entstanden bald erste Kleinindustrie-Betriebe, die den bislang gekannt Rahmen des Handwerksbetriebes mit einem oder zwei Gesellen, meistens Söhnen aus eigener Familie, sprengten. Genietete Drahringe stellten sie besonders gern her und „schneiderten“ Rüstungen für ihre Ritter und Landesherren daraus.

In Altena kam Johannes Cordes um 1570 auf die Idee, auch den sehr viel härteren Stahl zu Draht zu ziehen. Aber lange schlugen seine Versuche fehl. Bis er eines Tages in verzweifelter Resignation sein Experimentier-Material voll Wut ins „stille Örtchen“ schleuderte.

Im nächsten Frühjahr kam der Mist aufs Feld, und sorgfältige Knechte legten die stinkenden, verschmierten Stäbe auf die Seite. Johannes Cordes bekam sie zufällig doch wieder zu Ziehversuchen in die Hände. Jetzt klappte es. Bisher war also alles nur am fehlenden „Schmiermittel“ gescheitert!

Doch damit ist die Geschichte des Drahtes noch lange nicht zu Ende. Lesen Sie in der nächsten Ausgabe von „echo der arbeit“, wie aus den einzelnen Drähten der „Strick aus Eisen und Stahl“ entstand, der seither dazu beiträgt, Flüsse und Schluchten mit kühnen Bauwerken zu überbrücken.

Eine
Viertelstunde
Ausgleichs-
gymnastik

B

vorwärts



umpf

rts

beugt



So manche Stenotypistin kann ein Lied davon singen: Am Ende des Arbeitstages stellt sich ein ziehender Schmerz ein, der vom Nacken ausgeht und oft den ganzen Oberkörper beherrscht. Das muß nicht sein, wenn man die Ursachen kennt und regelmäßig eine Viertelstunde vernünftigen Ausgleich dagegen stellt.

Die Arbeit an der Schreibmaschine erfordert eine gleichförmige Konzentration bei bewegungsarmer Gesamthaltung und einseitiger körperlicher Be-

lastung. Neben den auffälligen Muskelschmerzen im Halsbereich führt das häufig zu Haltungsfehlern oder gar zu der typischen Berufskrankheit, einer

Sehnenscheiden-Entzündung der Unterarme oder der Hand als Folge der häufigen und schnellen Fingerbewegung. Wer dafür anfällig ist, hat sich zudem oft mit Kreislauf- und Verdauungsbeschwerden herumzuschlagen. Dagegen sollte man rechtzeitig vorbeugen, auch wenn man am Feierabend noch so gerädert ist und sich

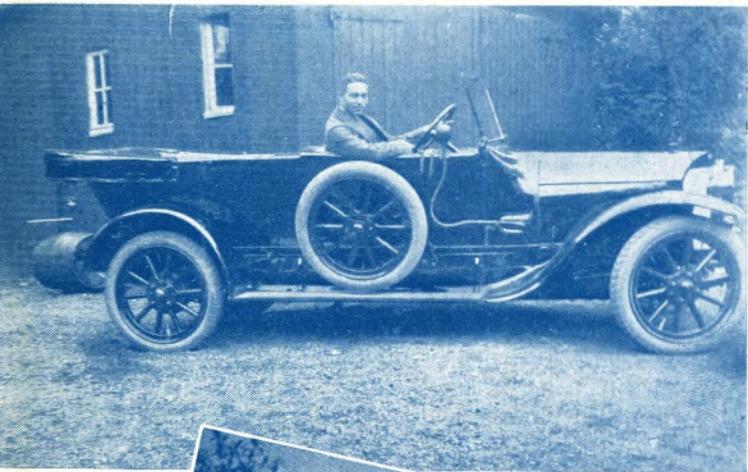
nichts als Ruhe wünscht. Aber Ruhe genügt nicht, der Körper braucht im Gegenteil eine gezielte und planmäßige Ausgleichsbewegung.

Am besten sind natürlich Gymnastikstunden unter fachlicher Anleitung. Aber es hilft schon, wenn man sich an die Übungen beim Schulturnen erinnert und sie täglich so praktiziert, daß die belasteten Partien gelockert werden. Da ist zunächst die Rücken- und Schultergürtel-Muskulatur, die nicht nur entspannt, sondern auch gekräftigt werden soll. Fünf Minuten Lockerungsübungen der Arme, des Nackens und des Rumpfes helfen mit Sicherheit. Dann folgen fünf Minuten natürliche Bewegung der Bauchmuskulatur, die durch das ständige Sitzen beeinträchtigt ist. Die nächsten fünf Minuten werden schließlich mit Lockerungsübungen für Hände und Arme verbracht, und das Ganze krönt

man noch mit einigen rhythmischen, tanzähnlichen Bewegungen, am besten bei Musikbegleitung.

Nun sagen Sie bitte nicht, Sie wüßten nicht, wie man das macht, oder Sie hätten dazu keine Zeit. Solche einfache Ausgleichsgymnastik ist ein Kapitel Körperpflege wie das tägliche Waschen oder Zähneputzen, und es hat sogar einen ähnlichen Effekt: Man fühlt sich danach frischer, froher und zufriedener. Und dafür ist ein Viertelstündchen nie zuviel.





Nur die Neunzigjährigen können sich allenfalls noch aus eigenen Eindrücken daran erinnern, wie der Alltag vor einem dreiviertel Jahrhundert aussah. So kommt es, daß sich die blassen Bilder ihrer Jugend längst zu jener Vorstellung verklärt haben, die von den folgenden Generationen „die gute alte Zeit“ genannt wird. Wie aber sah das Leben in den sogenannten Gründerjahren wirklich aus, in denen das Deutsche Reich etwa so alt war wie die Bundesrepublik heute?

Nirgends wird das wirkliche Bild lebendiger als in den vergilbten Zeitungen jener letzten Jahre des vorigen Jahrhunderts, die im Rückblick mehr Ausklang einer Epoche als Auftakt einer neuen waren. Natürlich lächeln wir etwas wehmütig, wenn wir schon im Kopf einer großen Tageszeitung lesen, daß der monatliche Bezugspreis fünfzig Pfennige betrug, die Einzelausgabe also rund zwei Pfennige kostete. Aber die „hochherrschaftlichen“ Dreizimmerwohnungen für 25 Mark Monatsmiete, das bürgerliche Menü für 70 Pfennige, Salonteppeiche für 12 Mark und Havannazigarren bester Qualität für fünf Pfennige dürfen über die Kehrseite nicht hinwegtäuschen: Da bietet sich eine perfekte Wäschenäherin an, für fünfzig Pfennige Tageslohn nebst Kost, und für den gleichen Betrag pro Stunde ein Musikmeister — schön und gefühlvoll, wie es in dem Inserat heißt — das Gitarre- und Zitherspiel. Kleider nach neuester Wiener Mode werden für drei Mark gefertigt. Dabei gab es damals an den Kleidern mehr zu nähen als an den heutigen Mini-Ausgaben.

Viel Armut und Not spricht aus den oft rührend persönlich gehaltenen Anzeigen, in denen für einen armen Knaben oder ein bedrängtes Mädchen ein wohlmeinender Pate gesucht wird und ein „gänzlich alleiniger Invalide um ein bescheidenes Versorgungsplätzchen gegen jegliche Arbeit“ bittet. Sogar eine „distinguierte Dame“ sucht ein Darlehen von 30 Mark gegen monatliche Abzahlung aufzunehmen. Da überrascht es eigentlich nicht, daß schon damals eine Frankfurter Firma mit dem Angebot lockt, jedermann könne sich ohne Mühe in der Freizeit einen lohnenden Nebenverdienst von täglich fünf Mark verschaffen. Geradezu revolutionär aber muß auf die Zeitgenossen dieser Anzeigentext von 1893 gewirkt haben: „Kindersegen? Wo zu viel, hilft Buch über die Ehe gegen eine Mark in Briefmarken.“

Wem das zu modern war, der konnte sich einen Kinderwagen ohne Anzahlung gegen wöchentliche Raten von einer Mark anschaffen, und vielleicht war es ein ähnlicher Anlaß, der „ein armes Mädchen in großen Nöten“ nach einem „vorurteilsfreien edlen Herrn um ein Darlehen“ rufen ließ. Möge

SO WAR DIE GUTE ALTE ZEIT

ihr Appell erhört worden sein, denn vom Staat hatte sie nicht viel Hilfe zu erwarten.

Daß die Hohe Obrigkeit auch damals schon mit gewissen Problemen unserer Tage zu kämpfen hatte, zeigt dieser Münchener Gerichtsbericht: Von einem Gefängniswärter begleitet, tritt vor die Gerichtsschranken eine Weibsperson von abschreckender Häßlichkeit. Dieselbe hat nur wenige Überreste einer Nase im braunen Gesicht, kleine schielende Augen und eine filzige Haarmähne. Die Kleidung starrt von Schmutz und Nachlässigkeit. Diese Persönlichkeit riskiert Gefängnis und Arbeitshaus, um ihrem Drang, in München streunen zu können, Folge zu geben. Seit Monaten lebt sie vom Nichtstun, stand seit zwanzig Jahren nur einmal für drei Tage als Flaschenspülerin in Arbeit und bemerkte, daß sie auch jetzt keine Lust spüre, an geregelte Arbeit zu denken. Auf die Frage des Amtsrichters, von was sie eigentlich lebe, gab sie zur Antwort: „Ja mei, von Bier, Fleisch und Brot — is dös a Frag!“ Als der Richter wissen wollte, ob sie sich der Strafe von 28 Tagen Haft unterwerfe, antwortete die Großmutter des Gammelns fatalistisch: „Und wenn ich's net tät, was wär's dann?“ Womit wir wieder zum Ausgangspunkt unserer Rückblende gekommen sind und uns fragen, wann die gute alte Zeit nun wirklich war. Vielleicht ergründen Sie es in unserem Bericht im nächsten Heft . . .



SOZIAL- POLITISCHE NACHRICHTEN

Ausdehnung der Mitbestimmung: Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat im März seinen Entwurf zur Ausdehnung der Montan-Mitbestimmung auf Kapitalgesellschaften anderer Branchen veröffentlicht. Rund 380 Unternehmen würden nach den Feststellungen des DGB unter ein solches Gesetz fallen. Als Mindestgrößen für die Ausdehnung der Mitbestimmung hat der DGB Unternehmen mit 2000 Beschäftigten, 75 Mill. DM Bilanzsumme und 150 Mill. DM Umsatz vorgesehen. Die Unternehmen sollen einbezogen werden, wenn zwei der drei Größenmerkmale vorliegen.

*

Gesetzesentwurf: Die Sozialdemokraten haben sich auf ihrem 12. Bundesparteitag in Nürnberg die Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu eigen gemacht und eine Ausweitung der Mitbestimmung vom Montan-Bereich auf die Großunternehmen und Konzerne der übrigen Wirtschaft gefordert. In einem mit großer Mehrheit angenommenen Antrag forderten die Delegierten die SPD-Bundestagsfraktion auf, noch in dieser Legislaturperiode einen entsprechenden Gesetzesentwurf im Bundestag vorzulegen. Sie setzten sich damit in offenen Gegensatz zum Koalitionspartner CDU/CSU. Der Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Ackermann, kritisierte unmittelbar nach der Abstimmung, der Beschluß gehe weit über die Koalitionsvereinbarung hinaus.

*

Miteigentum: Für die betriebliche Mitbestimmung hat sich Bundesschatzminister Schmücker ausgesprochen. Der Minister bestritt allerdings die Möglichkeit, „über die soziologische Struktur“ zu einer wirklichen Mitbestimmung zu gelangen. Vielmehr sei der einzige effektive und daher notwendige Weg die Mitbestimmung über das Miteigentum. Der Minister meinte, die weit überwiegende Mehrheit der Unternehmer teile seinen Standpunkt, zumal der künftige gewaltige Kapitalbedarf der deutschen Wirtschaft die Einschaltung aller Schichten notwendig machen werde. Schmücker kündigte an, in diesem Sinne auf seine Parteifreunde verstärkt einzuwirken.

Unfallschutz: Der Schutz vor Unfällen bei der Arbeit sowie bei Sport und Spiel wird wesentlich verstärkt. Der Bundestag hat einstimmig das Gesetz über technische Arbeitsmittel angenommen, das diesem Ziel dient. Nach diesem Gesetz dürfen unter anderem künftig nur noch sicherheitstechnisch einwandfreie Maschinen verkauft werden. Die Verantwortung für die Sicherheit der Geräte werden künftig die Hersteller und Importeure und nicht mehr ausschließlich die Personen tragen, die sie verwenden. Bundesarbeitsminister Katzer und Sprecher aller Parteien haben übereinstimmend begrüßt, daß damit eine Lücke im Schutz gegen den Unfall geschlossen wird. Das Gesetz richte sich gegen die wenigen Außenseiter, die meist aus Konkurrenzgründen Geräte anböten, die den Vorschriften über den Arbeitsschutz und die Unfallverhütung nicht entsprechen.

*

Rehabilitation: Die gesetzlichen Rentenversicherungen führten 1967 715 351 Rehabilitationsmaßnahmen durch. Davon entfielen 474 738 auf die Arbeiter-Rentenversicherung, 217 193 auf die Angestelltenversicherung und 23 420 auf die knappschaftliche Rentenversicherung. Den 72 818 Fällen von stationärer Tbc-Behandlung standen 620 250 stationäre Heilbehandlungen wegen anderer Erkrankungen und 22 283 Berufsförderungsmaßnahmen gegenüber. Die Rentenversicherungsträger führen heute etwa zwei Drittel aller beruflichen Rehabilitationen in der Bundesrepublik auf eigene Kosten durch.

*

Eigentumswohnungen: Zur Förderung des Erwerbs von Eigentumswohnungen hat die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte für ihre Versicherten und Rentner 30 Millionen Mark bereitgestellt. Davon sollen erststellige Hypotheken bis zum Höchstbetrag von 30 000 Mark gewährt werden. Antragsberechtigt sind Rentempfhänger der BfA sowie Pflichtversicherte und freiwillig Versicherte, die 60 Beitragsmonate in den letzten zehn Jahren nachweisen können.



Vermögensbildung: Im Jahre 1967 wurden in prämiengünstige Sparkassenbücher rund 390 Millionen Mark „vermögenswirksam“ eingezahlt. Nach Mitteilung des deutschen Sparkassen- und Giroverbandes entspricht das 13,3 Prozent aller prämiengünstigen Einzahlungen. Ende 1967 führten die Sparkassen 1,8 Millionen Sparverträge mit vermögenswirksamen Leistungen. Nach Schätzungen haben im vergangenen Jahr bei den Sparkassen rund 1,15 Millionen Arbeitnehmer von den Vorteilen des zweiten Vermögensbildungsgesetzes Gebrauch gemacht.

*

BfA-Beiträge: Bei denjenigen Angestellten, die das 50. Lebensjahr vollendet und die bis Ende 1967 nicht der Angestelltenversicherungspflicht unterliegen, können jetzt beim Vorliegen eines Befreiungsantrages die Versicherungsbeiträge bis zur endgültigen Befreiung gestundet werden. Die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) teilte mit, sie habe den für den Beitragseinzug zuständigen Ortskrankenkassen empfohlen, die Beiträge zu stunden. Während die Anträge auf Befreiung von der Angestelltenversicherungspflicht bei der BfA gestellt werden, müssen die Anträge auf Stundung der Beiträge bei der zuständigen Krankenkasse eingereicht werden. Die BfA rechnet mit 70 000 Befreiungsanträgen von der Rentenversicherungspflicht bis zum Schlußtermin am 30. Juni. Nach einer Übersicht der BfA wurden bis Ende März 56 761 Befreiungsanträge gestellt, von denen bisher 27 047 erledigt wurden. Die Bearbeitungszeit beträgt zwischen einem und zwei Monaten. In den nächsten drei Monaten rechnet die BfA mit weniger Anträgen, da sich die meisten Interessenten erfahrungsgemäß frühzeitig entschieden.

Lohnverhandlungen sind Paketverhandlungen geworden

Lohnverhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden sind Paketverhandlungen geworden. Ob die eine oder die andere Seite es will: Mehr Lohn und mehr Gehalt ist meist nur noch im verschnürten Päckchen zu erhalten. Seit geraumer Zeit spielt unmittelbar in das Ringen um Prozente alles mit hinein, was die Gewerkschaften sonst auf dem Herzen haben.

Das bevorzugte Nebenfeld gewerkschaftlicher Wünsche war im letzten Jahrzehnt und ist auch heute noch weitgehend mit den Wünschen nach mehr Freizeit „besät“. Und hier sind auch viele Früchte geerntet worden. Manche Gewerkschaft ist bereits am „Traumziel“ angelangt, das der DGB-Vorsitzende Willi Richter vor einem Jahrzehnt mit der konkreten Forderung nach der 40-Stunden-Woche aufgestellt hatte — wobei selbst er damals nicht glauben konnte, daß dieses Ziel so schnell erreicht würde. Ans Ziel gelangt sind auch die IG Metall und die nahezu vier Millionen Arbeitnehmer in der Metallindustrie.

Es gibt zur Zeit keinen Hinweis darauf, daß eine Gewerkschaft ein Ziel anstrebt, das diese 40-Stunden-Woche unterschreitet. Um so mehr tritt Nebenfeld-Zielsetzung, wobei Nebenfeld nicht im abschätzenden Sinne gemeint sein kann, denn den Gewerkschaften war Neues an die Stelle der alten das Ziel „mehr Freizeit“ nie unwichtiger als das Ziel „mehr Lohn“.

Seit einigen Jahren haben sich nun Bestrebungen immer stärker in den Vordergrund gedrängt, zur Sicherheit des Arbeitsplatzes gegen Rationalisierung und Automation, ja auch gegen Strukturveränderungen in der Wirtschaft und in den Wirtschaftsregionen, vertragliche Abmachungen zu treffen. Am meisten bestrebt, hier



möglichst Härten abzuwenden, waren jeweils die Gewerkschaften, die mehr oder weniger unmittelbar in den Sog von Strukturkrisen gerieten.

Lange Zeit standen dabei der Bergbau und die Textilindustrie im Vordergrund des Interesses. Die Rezession der Wirtschaft, die Ende 1966 begann und das Jahr 1967 weitgehend bestimmte, hat nun auch die IG Metall zu konkreteren Schritten als früher gezwungen — wobei nicht übersehen werden darf, daß gerade diese Gewerkschaft es war, die den Problemen der Automatisierung und Rationalisierung und der Gefährdung von Arbeitsplätzen und Berufssparten seit langem ihre besondere Aufmerksamkeit gewidmet hat.

In diesem Jahr hat die IG Metall vor den Beginn einer neuen Lohnrunde ihren Wunsch gesetzt, vertragliche Regelungen für die Fälle zu treffen, in denen durch die technische und wirtschaftliche Weiterentwicklung Arbeitsplätze gefährdet werden oder verlorengehen. Es ist zu vermuten, daß man bei der Gewerkschaftszentrale in Frankfurt sehr wohl ahnte, daß die Arbeitgeber, wenn sie sich schon zu einem Gespräch über ein derartiges Abkommen bereit fänden, den gleichzeitigen Wunsch nach einer Kombination von Lohnverhandlungen und Verhandlungen über ein Rationalisierungsabkommen aussprechen würden. So heißt denn das neue Paket für die Metallindustrie und damit

für den weitaus größten Einzelbereich der deutschen Industrie: Sicherungs- und Umschulungsleistungen plus Lohnanstieg — so wie es in den letzten Jahren hieß: Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich und Lohnanstieg.

In die neue Konstellation wirkt jedoch diesmal noch ein ganz anderes Moment hinein. Nicht nur die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände sehen sich den Problemen der technischen Weiterentwicklung, der Arbeitsplatzverluste durch Investitionen, der wirtschaftlichen und regionalen Strukturveränderungen gegenüber, sondern auch die Gesellschaft und der Staat haben begonnen, sich darüber Gedanken zu machen und gesetzliche Maßnahmen

Sie brauchten nicht zu sein

vorzubereiten, die der Sicherung der Arbeitsplätze und der Umschulung, der Vorbereitung von Arbeitern und Angestellten für neue Berufe, gelten. Die Nürnberger Bundesanstalt soll in diesem Sinne neue, erweiterte Aufgaben erhalten, und ihre Mittel sollen dafür eingesetzt werden.

Bund, Länder und Gemeinden überlegen, was sie zur Bewältigung solcher neuen Aufgaben beisteuern können. Der Gedanke ist aufgetaucht, älteren Arbeitslosen, die kaum oder nur schwer zu vermitteln sind, in Werkstätten mit öffentlichen Zuschüssen neue Tätigkeiten zuzuweisen, statt sie in der Arbeitslosigkeit versacken zu lassen. Es wird notwendig sein, in der Vielfalt solcher öffentlichen und tarifpartnerschaftlichen Bemühungen harmonisch aufeinander abgestimmte Hilfskonstruktionen zu finden, wobei ständig abgeklärt werden muß, wieweit sich die Bereiche selbst gesund und zukunftsträchtig erhalten können und inwieweit das Ganze helfend einspringen muß. Auf dem neuen Feld des Tastens nach vertraglichen Absicherungen muß zwischen Maximalforderungen der Gewerkschaften und der Bereitschaft zu Minimalzugeständnissen der Arbeitgeberverbände bestimmt noch viel Lehrgeld gezahlt werden, und es werden noch viele harte Sträube ausgefochten werden — aber abgelehnt werden Zusatzverhandlungen zum jährlichen Lohnringen offensichtlich nirgendwo.

Während sich die Lohnverhandlungen, Arbeitszeit samt Urlaub und Sicherheitsabkommen in mehr oder weniger deutlicher Kombination in den Tarifverhandlungen auch des Jahres 1968 begegnen werden, taucht am Horizont bereits eine weitere Idee auf: die Beteiligung der Arbeitnehmer am

Vermögenszuwachs. Bundeswirtschaftsminister Prof. Schiller will dieses Thema mit in die Verhandlungen der konzentrierten Aktion aufnehmen, und der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg hat vor kurzem den nachdrücklichen Wunsch, ja geradezu die Entschlossenheit der Gewerkschaften betont, die Arbeitnehmer sollten durch eine solche Beteiligung zum Teil entschädigt werden für Opfer, die sie im Verzicht auf höhere Lohn- und Gehaltszuwachsrate zu bringen haben.

Einzelverhandlungen in diesem Sinne waren auch in der Vergangenheit nicht unbekannt. Das 312-Mark-Gesetz hatte von der staatlichen Seite her einen bescheidenen Beginn solcher Bestrebungen ermöglicht; Sonderabmachungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden haben hie und da ein wenig noch hinzugetan. In deutlicher und wirklich gewichtiger Form steht eine solche Verschnürung eines Vermögenszuwachses, einer Beteiligung der Arbeitnehmer am produzierenden Besitz, an Kapital, Fabriken und Maschinen noch in vager Ferne. Aber es gibt offenbar nicht zu übersehende Bestrebungen, auch hier zunächst Klärungen und dann gesetzliche sowie vertragliche Grundlagen einer zweiten Verdienstebene neben dem Konsumtivlohn zu entwickeln. Wenn alles fließt im Leben, warum sollte es die Tarifpolitik nicht, denn sie gehört ja zum Leben der allermeisten Menschen wie das Werkzeug zur Arbeit.

Längst haben die meisten begriffen, daß es mit Lohn allein nicht getan ist: Freiheit, Sicherheit und Beteiligung sind Werte, die sich im Tarifvertrag neben das Geld drängen wie gleiche Brüder, vielleicht sogar mit dem Anspruch, in mancherlei Hinsicht die besseren Kinder der Familie „Wirtschaftsgesellschaft“ zu sein. Johannes Schader

„Die kleinen Schwächen legt man am schwersten ab, so wie man der Moskitos weit schwerer Herr wird als des Skorpions oder der Schlange. Und so ist es recht eigentlich das Kleine, was den Fortschritt der Menschheit aufhält: Gedankenlosigkeit, Unaufmerksamkeit, Trägheit und Lauheit.“

Dieses Wort von Christian Morgenstern verdeutlicht das, was in Unfallanzeigen immer wieder sichtbar wird. Viele Unfälle sind nicht auf technische Mängel oder sicherheitswidrige Zustände zurückzuführen, sondern auf die kleinen menschlichen Unzulänglichkeiten. Hier einige Beispiele:

Mit einem Kran wurden Manganrippen aus dem Kühlbett hochgezogen. Ein Manganbrocken fiel herab und traf einen in unmittelbarer Nähe stehenden Bauhelfer. Er hatte sich vorschriftswidrig im Bereich schwebender Lasten aufgehalten.

Beim Auflegen eines Schleifbandes kam ein Mitarbeiter mit der linken Hand an die Antriebsrolle und verletzte sich. Er hatte den Stillstand der Antriebsrolle nicht abgewartet.

Ein Kesselwärter stürzte mit einer Leiter, als er auf eine Bühne steigen wollte. Die Leiter war gegen Verrutschen nicht gesichert worden.

Einem anderen Mitarbeiter flog beim Aushauen eines Kernes ein Fremdkörper ins Auge. Er hatte keine Schutzbrille getragen.

Diese Aufzählung könnte fortgesetzt werden. Immer wieder kommt es zu Unfällen, deren Ursachen auf Unvorsichtigkeit, Unachtsamkeit oder manchmal Gedankenlosigkeit zurückzuführen sind. Solche Unfälle lassen sich vermeiden, und zwar durch erhöhte Aufmerksamkeit und Beachtung der Sicherheitsvorschriften. Sie brauchen nicht zu sein!

Müssen Arzneimittel so teuer sein ?

Der Arzneimittelverbrauch in der Bundesrepublik steigt ständig. Die Auswahl an Präparaten, die zur Verfügung steht, ist kaum in einem anderen Land so groß: Annähernd 70 000 Spezialitäten — ohne die homöopathischen Mittel — sind auf dem Markt. In Frankreich sind es nur 16 000, in Dänemark sogar 1600, ohne daß man gehört hätte, daß die Dänen kränker als andere Völker seien oder die dänischen Ärzte diese Tatsache beklagten.

Das Gegenteil dürfte der Fall sein, denn in der Bundesrepublik ist niemand mehr in der Lage, diese Tablettenflut zu übersehen. Viele Hausärzte versichern, daß sie mit 50 bis höchstens 60 Präparaten auskommen. Die Krankenkassen erklären, die Zahl erreiche bei den meisten Ärzten nicht einmal 50.



Die Bundesapothekerkammer, nach dem Grund für die Tablettenflut in der Bundesrepublik befragt, antwortete: „Die therapeutische Wirksamkeit von Arzneimitteln wird in der Bundesrepublik noch nicht geprüft, so daß jeder Hersteller seine Produkte ohne Kontrolle in den Handel bringen kann. Vielfach unterscheiden sich die einzelnen Mittel voneinander nur durch minimale Dosierungsunterschiede oder aber auch nur durch die Warenzeichen. Ein besonderes Zulassungskriterium würde eine Änderung des Arzneimittelgesetzes notwendig machen.“

Die Auswirkungen des immer stärkeren Arzneimittelverbrauchs bekommen vor allem die Krankenkassen zu spüren. So gaben die Ersatzkassen im Jahre 1937 für Arzneimittel je Mitglied 14,24 Mark aus. In dieser Zahl waren damals sogar noch die Kosten für den Zahnersatz enthalten. Im Jahre 1957 wurden allein für Arzneien, Heil- und Hilfsmittel 41,32 Mark ausgegeben. Im Jahre 1966 aber war diese Zahl bereits schon auf 100,29 Mark gestiegen. In den letzten drei Jahren stiegen die Leistungsausgaben der Krankenkassen für Arzneien jährlich um mehr als 20 Prozent.

Selbstverständlich sind nicht allein die große Zahl der zur Verfügung stehenden Präparate und die vielfach vorhandene Tablettensucht an dieser Entwicklung schuld. Die Lebenserwartung der Menschen steigt von Jahr zu Jahr; die alten Menschen aber benötigen besonders viele Arzneien. Das Gesundheitsbewußtsein ist im Laufe der letzten Jahrzehnte viel stärker geworden. Man geht heute nicht mehr zweimal im Jahr zum Arzt, sondern im Durchschnitt viermal und öfter.

Diese Entwicklung wird durchaus auch von den Krankenkassen begrüßt, weil durch die rechtzeitige Behandlung spätere sehr teure Behandlungen in vielen Fällen vermieden werden können.

Trotzdem glauben die Krankenkassen, daß sich die Kosten für die Arzneimittel erheblich senken ließen. Sie selbst appellieren in ihren Publikationen an die Ärzte ebenso wie an ihre Versicherten, mitzuhelfen, damit die Ausgaben nicht in diesem Ausmaß weiter steigen. Die Krankenkassen sind aber sicher, daß sich die Kosten schon von der Herstellung her senken ließen. „Die Preisgestaltung erscheint für die Krankenkassen willkürlich“, erklären die Krankenkassen. Warum sind Medikamente, die seit Jahrzehnten auf dem Markt sind, nicht billiger, fragen die Krankenkassen.

Die Pharmazeutische Industrie hält dem entgegen, die alten Präparate müßten die Last mittragen, weil sonst die neuen Arzneimittel wegen der hohen Entwicklungskosten noch teurer sein müßten. Die Bundesapothekerkammer erklärte auf die

Frage, ob die Kritik der Krankenkassen berechtigt sei, die Entwicklungs- und Forschungskosten spiegelten sich bis zum „St.-Nimmerleins-Tag“ in der Preisgestaltung wider, und es überprüfe niemand, ob die Verbraucherpreise nicht überhöht seien: „Die Bundesapothekerkammer kann nicht zurückweisen, daß sich die Entwicklungskosten in den Preisen einiger Arzneimittel wahrscheinlich zu lange widerspiegeln. Es ist jedoch unmöglich, festzustellen, ob ein Hersteller für ein von ihm verkauftes Präparat auch wirklich Forschungs- und Entwicklungsarbeit geleistet hat.“

Gerade hier setzt die Kritik der Krankenkassen ein. Es müsse möglich sein, objektive Maßstäbe für die Preisgestaltung zu finden, weil die Preise auf diesem Sektor nicht wie sonst auf dem freien Markt durch Angebot und Nachfrage geregelt werden. Der Patient könne eben nicht wie bei einem Waschmittel zwischen verschiedenen Produkten wählen. Die Argumentation der Pharmazeutischen Industrie, der Arzt übernehme die Rolle des Verbrauchers, wird von den Krankenkassen zurückgewiesen. Der Arzt werde, wollte man ihm diese Aufgabe übertragen, überfordert.

Die Krankenkassen üben außerdem Kritik an der großen Zahl unterschiedlicher Verpackungsgrößen (diese Kritik wurde auch vom Deutschen Ärztetag 1967 geübt). Dabei sei auffällig, daß in jüngster Zeit immer mehr Großpackungen in den Handel kämen, obwohl sie oft für die Behandlung nicht benötigt werden. Kritisiert werden auch die hohen Werbungsaufwendungen in Zeitschriften, Zeitungen, Funk und Fernsehen wie auch an den sogenannten „Ärztemustern“, wobei die

Krankenkassen die besondere Unterstützung der Apotheker haben.

Nach Schätzungen erhalten die mehr als 40 000 praktizierenden Ärzte jeden Tag mehr als zwölf Ärztemuster gratis ins Haus geschickt; das sind nahezu eine halbe Million Präparate täglich. Die Apotheker glauben, daß sie durch die Ärztemuster rund zehn Prozent ihres Umsatzes einbüßen.

Neue Kosten entstanden den Krankenkassen auf dem Arzneimittelsektor durch die Einführung der Mehrwertsteuer am 1. Januar. Zwar wurden die Preise für die Arzneimittel nicht erhöht, die Krankenkassen sind jedoch nicht mehr von der Mehrwertsteuer wie vorher von der Umsatzsteuer befreit. Bei einem gängigen Herzkreislaufmittel sieht das so aus: der Einkaufspreis lag für den Apotheker 1967 bei 2,09 Mark. Er verkaufte das Präparat für 3,70 Mark, die Krankenkasse bezahlte aber nur 3,55 Mark. In diesem Jahr ist der Einkaufspreis aufgrund der Mehrwertsteuer auf 1,97 Mark gesunken. Dazu kommt die höhere Mehrwertsteuer für die Apotheke, so daß der Endverkaufspreis mit 3,70 Mark gleich bleibt, diesen Preis muß aber auch die Krankenkasse bezahlen.

Die Einführung der Mehrwertsteuer bringt daher für die Krankenkassen höhere Ausgaben von etwa vier bis fünf Prozent, und ein Prozent bedeutet für die Kassen 28 Millionen Mark zusätzlicher Ausgaben. Zugleich aber wird aufgrund dieser Neuberechnung die Rendite der Apotheken gemindert. Sie haben daher beantragt, die zuletzt festgesetzte Arzneitaxe zu ändern. Bisher können die Apotheken auf den Einkaufspreis zwischen 70 Prozent (bei einem Großhandelspreis von bis zu 2,50 Mark) und 33 $\frac{1}{3}$ Prozent (bei einem Großhandelspreis von mehr als 72 Mark) aufschlagen. Die Apotheker haben beantragt, diesen Satz auf 75 bis 35 Prozent zu erhöhen. Die Verhandlungen im Bundeswirtschaftsministerium sind noch nicht abgeschlossen, weil die Krankenkassen diese Sätze für zu hoch halten.

Sicher ist, daß die Ausgaben der Krankenkassen für Arzneien auch 1968 steigen werden. Ärzte und Versicherte haben es in der Hand, ob das in dem gleichen Maße geschieht wie in den letzten Jahren. Hans Hofmann



SOMMERURLAUB

MIT INDUSTRIE- TURNUS

liche Nebenkosten und selbstverständlich die Vollpension, in einigen Fällen auch Teil-Pension. Sie können unter 41 Reisezielen auswählen und entweder nach Tirol oder nach Oberösterreich, ins Salzburger Land, nach Oberbayern, in den Bayerischen Wald, das Allgäu, in den Odenwald oder andere deutsche Mittelgebirge oder an die Nord- oder Ostsee reisen.

Aus unserer Aufstellung mit Angaben von 19 Urlaubsorten können Sie sich leicht errechnen, wieviel Sie für sich und Ihre Familie für eine Sommerreise mit „Industrie-Turnus“ aufwenden müssen. Einzelheiten können Sie bei der Sozialberatung (Hausruf 45 59) erfragen. Aber nicht mehr zu lange warten!

Der Sommer liegt vor der Tür und damit für viele der Urlaub. Wer sich bis jetzt noch keine Gedanken darüber gemacht hat, ist schon fast zu spät dran. Noch nicht ganz — denn wir bringen Ihnen jetzt die ebenso reizvollen wie günstigen Angebote von „Industrie-Turnus.“

Wie schon im Programm für den vergangenen Winter, über das wir im Februar-Heft von „echo der arbeit“ berichtet hatten, umfassen die Preise von „Industrie-Turnus“ die Kosten für die Hin- und Rückreise mit der Bundesbahn sowie sämt-

Die restlichen Urlaubsorte, die nicht in dieser Tabelle aufgeführt wurden, sind Altglashütten (Schwarzwald), Aschau (Oberbayern), Bad Mündler (Weserbergland), Bolsterlang (Allgäu), Brenden (Schwarzwald), Cuxhaven/Döse (Nordsee), Fischen (Allgäu), Gengenbach (Schwarzwald), Hohwacht (Ostsee), Kirchberg (Tirol), Lossburg-Rodt (Schwarzwald), Melsungen (Fuldatal), Neubeuern (Oberbayern), Pfaffenhausen (Spessart), Stuhlfelden (Österreich), Unterammergau, Unterwössen (Oberbayern), Walchsee (Tirol), Weißbach bei Inzell (Oberbayern), Wijk aan Zee (Holland), Windischgarsten (Österreich), Zwiesel (Bayerischer Wald). In einigen dieser Urlaubsorte kann mit Teil-Pension abgeschlossen werden.



Einige Urlaubsorte von Industrie-Turnus

	Anreisetermin		Anzahl der Tage	Preise in der Hauptsaison		
	erster	letzter		Vollpension	Verlängerungs- woche	Einzelzimmer- zuschlag wöchentlich
Bergen (Oberbayern)	5. 4.	1. 10.	14	226,60	75,—	3,50
Berghaupten (Schwarzwald)	5. 4.	1. 10.	14	201,70	75,—	3,50
Bittelbronn (Schwarzwald)	13. 5.	16. 9.	14	196,30	154,—*)	wird nicht erhoben
Bodenmais (Bayr. Wald)	1. 5.	4. 9.	21	289,50		wird nicht erhoben
Fischerbach (Schwarzwald)	10. 5.	13. 9.	14	219,20	175,—*)	wird nicht erhoben
Kressbronn (Bodensee)	5. 4.	1. 10.	14	256,70	95,—	3,50
Lützenhardt (Schwarzwald)	6. 5.	9. 9.	14	196,30	154,—*)	wird nicht erhoben
Markt-Schellenberg (Obb.)	30. 4.	17. 9.	14	225,30	165,30*)	wird nicht erhoben
Mayrhofen (Tirol)	9. 5.	12. 9.	14	266,80	100,—	7,—
Mayrhofen (Tirol)	14. 5.	17. 9.	14	310,—	130,—	—
Neukirch (Oberschwaben)	3. 5.	20. 9.	14	198,70	150,80*)	wird nicht erhoben
Obernzell (Donau)	15. 5.	21. 8.	14	215,50	159,20*)	5,—
Ronshausen (Hessen)	2. 5.	19. 9.	14	178,80	148,80*)	wird nicht erhoben
Schenkenzell (Schwarzwald)	6. 5.	9. 9.	14	234,10	191,80*)	wird nicht erhoben
Schneeberg (Odenwald)	8. 4.	2. 9.	21	251,90		3,50
Schwalefeld (Sauerland)	5. 4.	1. 10.	14	209,80	85,—	3,50
St. Johann (Österreich)	5. 4.	1. 10.	14	252,—	80,—	3,50
Travemünde (Ostsee)	5. 4.	1. 10.	14	305,—	125,—	7,—
Waldkirchen (Bayr. Wald)	5. 4.	1. 10.	14	233,90	80,—	3,50

*) Verlängerung für weitere 14 Tage

Bevölkerungszahl: Die Bevölkerungszahl in der Bundesrepublik wächst nicht mehr so schnell. Der Anstieg sank von 0,8 Prozent im Jahre 1966 auf 0,3 Prozent im vergangenen Jahr. Ende 1967 lebten 59,948 Millionen Menschen in der Bundesrepublik. Als Gründe für das geringere Wachstum nannte das Statistische Bundesamt einen geringeren Geburtenüberschuß und die Abwanderung ausländischer Arbeitskräfte. Dem Wanderungsgewinn von 132 000 Personen 1966 stand 1967 ein Wanderungsverlust von 177 000 Menschen gegenüber. — In der DDR ist der Bevölkerungszuwachs noch geringer. Er lag im letzten Jahr bei 0,1 Prozent. Die Bevölkerungszahl stieg um 18 644 auf 17 090 202. Es wurden 252 843 Kinder geboren; es starben 226 144 Menschen.

Arbeitsproduktivität: Ein sprunghaftes Ansteigen der Stundenleistung der westdeutschen Industriearbeiter meldet das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften. Im Oktober 1967 habe die Jahreszuwachsrate im Industriedurchschnitt zehn Prozent überschritten. Das sei in der Nachkriegszeit selbst in stürmischen Wachstumszeiten nur in kurzen Perioden der Fall gewesen und sei dann stets von entsprechenden Lohnerhöhungen begleitet worden. Das jetzige schnelle Wachstum der industriellen Arbeitsproduktivität vollziehe sich dagegen bei anhaltender Stagnation der Lohnverdienste.

Lohnsteigerungen: Von Lohn- und Gehaltssteigerungen, die über den Produktivitätszuwachs hinausgehen, profitieren die Arbeitnehmer nach Meinung des Deutschen Industrieinstituts erfahrungsgemäß nicht. Als Beweis dafür führt das Institut an, daß sich das Nettoeinkommen eines mittleren Arbeitnehmerhaushalts von 1965 bis 1967 zwar nominal um 11 Prozent, real aber nur um 3,1 Prozent erhöht habe, weil der Preisindex in derselben Zeit um 6,1 Prozent gestiegen sei. Der Produktivitätszuwachs betrug nach Rechnung des Industrieinstituts nur 3,6 Prozent.

Arbeiter/Angestellte: In der Gesamtwirtschaft der Bundesrepublik ist der Anteil der Arbeiter nach einer Berechnung des Deutschen Industrieinstituts von 1950 bis 1966 von 71,3 auf 60,1 Prozent zurückgegangen, während der Anteil der Ange-

stellten von 23,4 auf 33,6 und der Beamten von 5,3 auf 6,3 Prozent gestiegen ist. In der Industrie allein ist der Anteil der Arbeiter von 84,3 auf 76,9 gesunken und der Anteil der Angestellten von 15,7 auf 23,1 Prozent angewachsen.

Altersstruktur: Durch Geburten, Sterbefälle und Wanderungen hat sich die Altersstruktur in der Bundesrepublik seit 1961 erheblich verschoben. Der Anteil der Kinder unter 15 Jahren an der Gesamtbevölkerung ist von 1961 bis 1966 von 21 auf 23 Prozent angestiegen. Gestiegen ist auch der Anteil der mehr als 65 Jahre alten: von 11,7 auf 12,3 Prozent. Die Zahl der Einwohner im Erwerbsalter (16 bis 65) ist absolut von 37,9 auf 38,8 Millionen gestiegen, relativ aber von 67 auf rund 65 Prozent zurückgegangen. Ein Frauenüberschuß bestand 1966 nur noch bei den über 39jährigen: der Anteil der Frauen ist leicht zurückgegangen.

Ausländerbeschäftigung: Eine Million Gastarbeiter — das sind knapp fünf Prozent aller in der Bundesrepublik beschäftigten Arbeitnehmer — rechtfertigten es, unter wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Erwägungen die Ausländerbeschäftigung weiterhin als bedeutsam zu werten. Das erklärte der Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Sabel. Diese Größenordnung verpflichte unter sozialpolitischen Aspekten, die vielfältigen Probleme der

KURZ BERICHTET

Anpassung und Integration der ausländischen Arbeitskräfte nicht aus dem Auge zu verlieren.

Betriebskrankenkassen: Der Verband der Betriebskrankenkassen hat darauf hingewiesen, daß die Zahl der mitversicherten Familienangehörigen für den Umfang der Leistungsgewährung einer Kasse eine erhebliche Rolle spielt. Jüngste Ermittlungen haben ergeben, daß bei den Betriebskrankenkassen auf jedes Mitglied im Durchschnitt 1,317 mitzubetreuende Familienangehörige entfallen. Bei den Ortskrankenkassen beträgt diese Zahl nur 0,946. Danach sind bei den Betriebskrankenkassen 39,3 Prozent mehr Familienangehörige mitversichert als bei den Krankenkassen.

Gewerkschaftstage: Die Tarifpolitik und der Schutz der Arbeitnehmer vor den Auswirkungen der Rationalisierung und Automation stehen im Mittelpunkt der Gewerkschaftstage in diesem Jahr. Allein zehn der 16 Einzelgewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes setzen in diesem Jahr die Richtlinien für ihre kommende

Arbeit fest. Der Gewerkschaftstag der IG Metall wird vom 2. bis zum 9. September in München stattfinden.

Arbeitsmarktlage: Der anhaltende Rückgang der Zahlen der in der Industrie beschäftigten Arbeitnehmer zeigt nach Ansicht des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, daß die lebhafte Rationalisierungsbewegung weiter laufend Arbeitskräfte freisetzt. Der Leiter des Instituts, Prof. Gleitze, meint in einer Analyse, die konjunkturelle Besserung und ihre Auswirkung seien bisher noch nicht kräftig genug gewesen, um die strukturelle Schrumpfung in der Beschäftigung zu kompensieren. Gleitze glaubt, daß von den 590 000 Arbeitslosen rund 280 000 konjunkturbedingt arbeitslos sind. In der Industrie sind nach Gleitzes Angaben seit dem Höhepunkt der Beschäftigung Ende November 1965 rund 800 000 Arbeitskräfte auf Dauer freigesetzt worden. Der Ausfall von insgesamt rund einer Million Arbeitsplätze sei insbesondere auf Kosten der Alten und Ausländer gegangen.

Für Umsicht ausgezeichnet



Vor folgenschweren Verletzungen hat der Schmierer Ernst Heim im Gelsenkirchener Werk kürzlich einen Arbeitskollegen bewahrt. Als ein Drahtzieher

das Maschinenbett seiner Ziehmaschine gegen Vorschrift in der Nähe des laufenden Drahtes von Ziehseifenrückständen reinigte, wurde dessen rechter Handschuh von dem Draht erfaßt und in die Maschine hineingezogen. Der in der Nähe arbeitende Heim sah das und erkannte die Gefahr. Geistesgegenwärtig lief er zum Maschinenschalter und stellte die Maschine ab. So bewahrte er den Kollegen vor schweren oder gar tödlichen Verletzungen. Der Technische Aufsichtsdienst der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft hat Heim seine Anerkennung ausgesprochen und ihn für sein umsichtiges Verhalten mit einer Geldprämie belohnt.



Wenn

Es waren einmal hundert gut ausgeruhte Lehrlinge der HOAG. Sie hatten sich gerade von den Strapazen ihrer Abschluß-Prüfung erholt und bestiegen nun an einem März-morgen beim Werksgasthaus mehrere Autobusse, voller Erwartung auf die „Belohnungsreise“ nach Berlin. Selbst das regnerische und kühle Wetter konnte die gute Laune nicht trüben, denn schon ein wenig später bestätigte sich das Sprichwort: „Wenn Engel reisen, lacht der Himmel.“

Tatsächlich — je näher Berlin rückte, um so strahlender schien die Sonne, und als der Zonenkontrollpunkt Helmstedt erreicht war, herrschten schon echt sommerliche Temperaturen. Deshalb war das Warten auf die Abfertigung auch keine reine Freude. Es dauerte fast zwei Stunden. Eine angenehme Überraschung in dieser Pause war jedoch die Verteilung von HOAG-„Freßpaketen“ mit Frikadellen, Kotelettes, Brötchen und Obst.

Den gründlichen Kontrollen entronnen, trafen wir Lehrlinge gegen 18 Uhr in Berlin ein. Gleich nach der Ankunft wurden in dem für uns reservierten Heim die Zimmer bezogen. Sie gefielen uns sehr gut, denn sie waren modern eingerichtet; einige Räume hatten außer Waschbecken und WC sogar Dusche und Bad.

Nach dem Abendessen nutzten die meisten noch die Gelegenheit zu einem ersten Blick in die Stadt. Dabei kam ihnen die zentrale Lage des Heimes gelegen, das nur 15 Minuten vom Kurfürstendamm entfernt liegt. Ausgang war bis 24 Uhr gestattet. Wer aber nicht neugierig war auf das „Big Apple“, „River Boat“ oder ein anderes der bekannten Tanzlokale auf dem Ku-Damm, der blieb zu Hause in dem gemütlich eingerichteten „Casino“. Auch hier war mit Schallplattenspieler und Theke für unser Vergnügen vorgesorgt.

Der zweite Tag begann mit einer Stadtrundfahrt. Die Fremdenführer in den Autobussen, die alle Sehenswürdigkeiten mit schlagfertigem Berliner Humor erklärten, gestalteten die Fahrt zu einem wahren Vergnügen. Vom alten Berlin mit seinen Hinterhöfen, wie wir

Engel reisen . . .

es von Zille-Zeichnungen kennen, hob sich das moderne Berlin mit dem Hansa-Viertel und den lebhaften Geschäftsstraßen deutlich ab. Die Mauer jedoch, immer wieder unterbrochen durch Gedenkstätten für hier erschossene Flüchtlinge, wollte so gar nicht in das strahlende Bild der Weltstadt passen.

Der Nachmittag war ausgefüllt mit einem Vortrag im „Europa-Haus“. Ein Sprecher berichtete über die Gegensätze der Schulsysteme im Osten und Westen und über die Ziele, die sich die Regierung „drüben“ gesetzt hat. Eine Diskussion schloß sich an. Am nächsten Tage konnte man wählen zwischen einer Besichtigung des Berliner Zoos und einem Besuch im IGM-Haus am Pichelsee. Das warme Wetter, das während der ganzen Reise anhielt, verleitete anschließend viele zu einem Spaziergang im Tiergarten. Nachmittags fuhren wir dann nach Ostberlin. Hier fiel uns auf, daß alles noch im Aufbau ist. Großes Interesse fand auch das weitläufig angelegte Ehrenmal für die sowjetischen Opfer des Zweiten Weltkrieges.

Ein Vortrag im Schöneberger Rathaus stand am vorletzten Tage unseres Berlin-Besuches auf dem Programm. Er vermittelte uns einen Eindruck über die politische Situation der deutschen Hauptstadt während der letzten zwanzig Jahre. Abends, nachdem wir einige Stunden Freizeit gehabt hatten, besuchte uns im Hause Arbeitsdirektor Kübel. Er war gerade zu einer Tagung nach Berlin gekommen und ließ sich die Gelegenheit nicht entgehen, uns nach dem Verlauf der Reise zu fragen. Der spätere Abend war einem Besuch des Kabarett „Die Wühlmäuse“ oder des Hebbel-Theaters vorbehalten.

Dann kam leider mit dem nächsten Morgen der Abschied von Berlin. Die Rückreise unterschied sich von der Hinfahrt im wesentlichen durch die leeren Geldbeutel und den allgemeinen Ermüdungszustand.

Es waren einmal hundert erschöpfte Lehrlinge der HOAG, die an einer fünftägigen Berlin-Fahrt teilnahmen. Und wenn sie jetzt nicht schlafen, dann arbeiten sie als Gesellen oder als kaufmännische Angestellte bei der „Hütte“. Gudrun Geiling



Mit guten Noten bestanden

Von 98 HOAG-Lehrlingen, die in diesem Frühjahr die Prüfung bestanden, war Herbert Michels (Gelsenkirchen) der Beste. Dafür wurde er von Arbeitsdirektor Kübel (links) ausgezeichnet. Michels hatte den praktischen und theoretischen Teil zweimal mit der Note „sehr gut“ bestanden. So konnte dem Mittelschüler ein halbes Jahr der Ausbildung geschenkt werden. Brigitte Rau (rechts im Bild) war eine der besten weiblichen Prüflinge. Brigitte Rau hatte das Abschlußexamen mit dem Prädikat „gut“ bestanden.

MIT EINEM BLICK



Die Sicherheitstechnik soll an den Technischen Hochschulen und den Ingenieurschulen Lehrfach werden. Das fordert die Arbeitsgruppe „Arbeitsschutz als Lehrfach“ der Deutschen Gesellschaft für Ar-

beitsschutz e. V., deren Mitglieder Ende Februar zu einem Informationsgespräch zur HOAG gekommen waren. Vorsitzender der Arbeitsgruppe ist der Aachener Regierungsgewerbedirektor Dr.-Ing. Haack (links),

eines der Mitglieder der Gruppe ist Regierungsgewerbedirektor Dr.-Ing. Radler (zweiter von links), beide im Gespräch mit Arbeitsdirektor Kübel (Mitte) und Obering. Hoppe, dem Leiter der Abtlg. Arbeitssicherheit.



Nicht nur in der Hütte, auch im Bergbau hat die Unfallverhütung unbedingten Vorrang. Das kam zum Ausdruck bei der Preisverteilung zum Sicherheitswettbewerb des HOAG-Bergbaus am 23. März. Der Tagesbetrieb der Zeche

Osterfeld erhielt die höchste Punktzahl als Einzelbetrieb. Dafür wurde Betriebsführer Schumacher (oben, links) von Arbeitsdirektor Lipa beglückwünscht. Der überreichte Bergkristall (links) ist ein vom Vorstand gestifteter Wanderpreis.



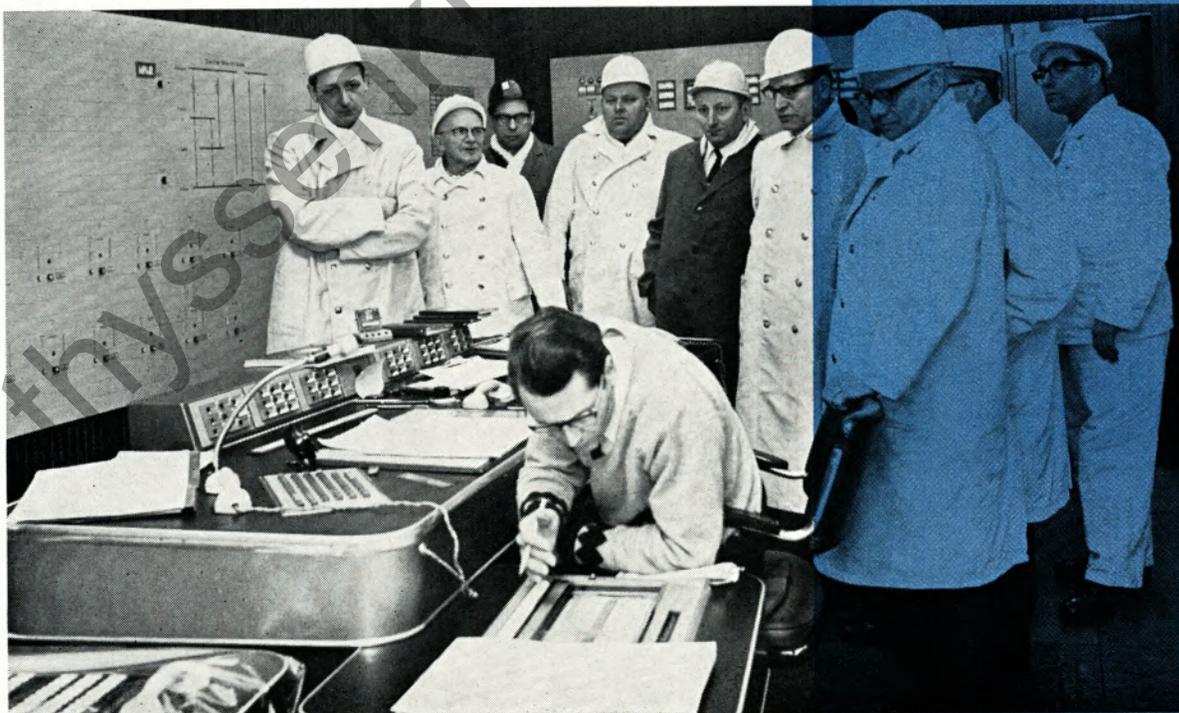
Über die Problematik der Menschenführung unter der Mitbestimmung referierte Ende März Dr. Seidel, Geschäftsführer der Hans-Böckler-Gesellschaft, vor Führungskräften der HOAG. Dabei betonte er, daß die Mitbestimmung

zwar nicht alle Probleme der Menschenführung löse; sie trage aber dazu bei, zumindest vom alten Führungsstil des Befehlens zu einem neuen Stil zu gelangen, bei dem Konflikte durch ein System von Verhandlungen ausgetragen werden (Bild links).



Für langjährigen vorbildlichen Einsatz als Sicherheitsbeauftragte wurden am 19. März die Belegschaftsangehörigen (im Bild oben von links) Heider, Schupp, Enders, Pawlak, Ziegler, Schwarz und

Weingarten (nicht anwesend) von der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft ausgezeichnet. Alle haben sich mindestens zehn Jahre lang vorbildlich um die Arbeitssicherheit in ihren Bereichen bemüht.



Im Anschluß an die letzte Sitzung des HOAG-Aufsichtsrates besichtigte der 1. stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende Dürbeck (dritter von rechts) Ende Februar die Übertage-Anlagen der Zeche Osterfeld. Geführt von Arbeitsdirektor Werner Lipa (vierter von rechts) interessierte sich Dürbeck für die Einrichtung der Grubenwarte. Zuvor war der Gast vom Betriebsrat der Zeche Osterfeld begrüßt worden.

DIE HOAG IM SPIEGEL DER PRESSE

ins Gewicht, daß in der eisen-schaffenden Industrie eine Kon-junkturbelebung eingetreten ist...“ (28. März 1968)

Handelsblatt

DEUTSCHE WIRTSCHAFTSZEITUNG • VEREINIGT MIT
Deutsche Zeitung

...die Thyssenhütte ist, wie kaum ein anderer Montankonzern, durch eigene Investitionen und durch Fusionen in der Nachkriegszeit gewachsen. Daneben hat sie den fusionierten Töchtern klare Zielsetzungen innerhalb des Konzerns gegeben, ihrem Management im Markt jedoch freie Hand gelassen. Eine der Stärken der Gruppe liegt in ihrem dezentralen Management. Jetzt steht ein neuer endogener Wachstumsimpuls mit der Übernahme des Hüttenwerks Oberhausen, einem Umsatzmilliardär (mit Wirkung voraussichtlich vom 1. 10. 1968), bevor...“ (8. März 1968)

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE WAZ

Unabhängige Tageszeitung Höchstes Auflage im Ruhrgebiet

„Am Rohstahlausstoß der Bundesrepublik ist die Thyssen-gruppe mit 23,4 v. H. beteiligt und an der Produktion der Montanunion mit 9,3 v. H...“

Das größte Projekt in der Konzernab-rundung ist der schwebende Zusammenschluß mit der Hüttenwerk Oberhausen AG. Daraus werden auch Investition-einsparungen erwartet. So kann die Thyssenhütte durch den Rückgriff auf die modernen Hochöfen in Oberhausen auf die Erweiterung ihrer eigenen Kapazität vorerst verzichten...“ (8. März 1968)

„Gäste aus der Sowjetunion hatte am Montag das Hüttenwerk Oberhausen. Von den Werksanlagen der HOAG und den sozialen Einrichtungen des Unternehmens war die Delegation sowjetischer Gewerkschaf-ter, die anlässlich der Auto-mationstagung in Oberhausen weilte, sehr beeindruckt. Nach einem Empfang durch den technischen HOAG-Direktor Prof. von Bogdandy und Arbeitsdirektor Kübel besuchten die Gäste auch Wohnungen der HOAG-Wohnungsgesellschaft Dümpten...“ (12. März 1968)

„Ein eisiger Wind wehte gestern über das HOAG-Gelände an der Winkelstraße, als eine Münche-ner Filmgesellschaft die Außen-aufnahmen zu dem Krimi „Der

Bahnübergang“ drehte, der im November über die bundes-republikanischen Mattscheiben flimmern soll. Für ein paar Stunden begab sich der Film-Troß auf einen Bahndamm, denn auch eine HOAG-Dampf-lok nebst drei Wagen soll ein wichtiges Requisit des Krimis sein...“ (15. März 1968)

BAU-MARKT

„Seit der Mensch Eisen ver-arbeitet, steht er dem Problem des Rostens gegenüber... Auf diesem Gebiet bahnt sich nun ein Fortschritt an, der dem Stahlbau neuen Auftrieb geben wird. „Rost schützt vor Rost“ lautet die Devise. Man gibt dem Baustahl bestimmte Stoffe zu und setzt ihn dann den Ein-flüssen der Witterung aus. Bald beginnt der Stahl zu rosten. Aber bei dem neuen Spezial-stahl bildet sich nicht die be-rüchtigte poröse Schicht aus Eisenoxyd, unter der die Zer-störung ständig weitergeht, sondern ein festhaftender „Pan-zer“, der vor weiterem Angriff der Witterung schützt... Einen nicht unbedeutenden Anteil an diesem Erfolg haben die „Stahl-mixer“ der HOAG, die den Cor-Ten-Stahl nach amerikanischen Lizenzen, aber angereichert mit eigenen Erkenntnissen, neuer-dings in großem Maßstab pro-duzieren...“ (2. März 1968)

TRANSPORT UND LAGER

Spezialstahl für rationelle Verbindung von Beförderung, Umstieg und Lagerung. Fortführung der Spezialstähle „Der kombinierte Verkehr“ und „Der Behälterverkehr“

„Rostige Hallen sind haltbar. Das mag zwar paradox klingen, aber die neuerdings angebotenen witterungsbeständigen Stähle machen's möglich, denn ‚Rost schützt vor Rost‘, das ist eine Chance für viele Anwendungen in der Transport- und Lagertechnik. Gewöhnlicher Baustahl korrodiert bekanntlich unter Klimaeinfluß bis zur voll-ständigen Zerstörung, weil die an sich schützende Rostschicht immer wieder abblättert. Ständige Wiederholung des Ober-flächenschutzes war die bis-herige Zerstörungsbremse, die übrigens genau genommen viel teurer ist als etwa nur die dazu verwendete Lackmenge. Anders bei den witterungsbeständigen Stählen Cor-Ten (entspr. St. 52) und Patinax (entspr. St. 37), die die HOAG jetzt liefert und für deren Anwendung sie auch über das notwendige ‚know how‘ verfügt...“ (Januar 1968)

GELESEN NOTIERT

Werksfürsorge: Den Platz der Werksfürsorgerin hat jetzt Fräulein Lewandowsky übernommen. Sie ist diplo-mierte Sozialarbeiterin und wird überall dort einspringen, wo Not „am Mann“ ist. Neben ihrem Einsatz außer Hause ist Fräulein Lewan-dowsky für jedes Beleg-schaftsmitglied in ihrem Büro in der Hauptverwaltung, Zimmer 128, zu sprechen, und zwar vorerst montags bis freitags von 8 bis 9.30 Uhr und von 15 bis 16.30 Uhr. Ihr Telefonanschluß: 44 06.

*

Unfallverhütung: Im Kampf gegen den Unfalltod hat die Zentralstelle für Unfallver-hütung des Hauptverbandes der gewerblichen Berufs-genossenschaften auch für dieses Jahr wieder Ver-kehrssicherheitstage organi-siert. Sie finden im Mai statt. Während dieser Tage über-prüft unter anderem die Verkehrspolizei die Autos auf ihren verkehrstech-nischen Zustand. Ferner ist in Verbindung mit der Poli-zei eine Verkehrsschulung aller Lehrlinge und Jugendl-ichen vorgesehen. Die Ab-teilung Arbeitssicherheit der HOAG leistet ebenfalls ihren Beitrag: sie vermittelt den ver-billigten Bezug von Auto-Sicherheits-Gurten (50 Pro-zent Preisermäßigung), von Handfeuerlöschern und Erste-Hilfe-Kästen. Muster stehen bei der Abteilung Arbeitssicherheit zur An-sicht, auch Bestellkarten für die genannten Artikel kön-nen dort angefordert werden.

*

WG Dümpten: Neue Sprech-stundenzeiten hat die Woh-nungsgesellschaft Dümpten GmbH, Marienburgstraße 8, vom 1. Mai dieses Jahres an. Wie die WGD mitteilt, stehen ihre Mitarbeiter für Rückfra-gen am Montag in der Zeit von 9 bis 12 Uhr und am Mitt-woch von 13.30 bis 16.30 Uhr zur Verfügung. Außerhalb dieser Zeiten sollte von Besuchen Abstand genommen werden.

NEUE RUHR ZEITUNG

Änd. Organ für Druck-Überwachung

Veränderung - rechnergesteuert

10. Jahrgang

„Zu den Teilnehmern des Auto-mationskongresses der IG Me-tall in Oberhausen gehört auch der hessische Staatsminister Heinrich Hemsath. Wenn es auch schon fast ein Jahrzehnt zurückliegt, wird man sich doch gerade an ihn bei der HOAG noch besonders erinnern. Hemsath war der einzige Minister, der dem Volk — gewollt und geplant — einen unangemelde-ten überraschenden Besuch ab-stattete, um sich mit den Hüt-tenwerkern über eine wichtige soziale Frage direkt zu unterhalten. Er wollte jede Vorberei-tung dafür ausschließen... Hier sprach er vor glühenden Öfen mit der Sonntagsschicht, direkt von Mann zu Mann. Die HOAG-Leute hielten mit ihrer Meinung nicht zurück...“ (9. März 1968)

„Leichtes Aufatmen im HOAG-Bergbau: Man konnte im letz-ten Quartal des vergangenen Jahres die Halden um über hunderttausend Tonnen ab-bauen, brauchte nur noch drei Feierschichten zu verfahren — im Dezember keine mehr — und konnte die Förderung wie-der um 13,6 Prozent auf 956 000 Tonnen erhöhen. Der Winter hat der HOAG dabei ein wenig geholfen. Aber wesentlicher fiel

AUTOMATION

zu Hause

